

Umwelt und öffentliche Einrichtungen

Umweltschutz

Die Magistratsabteilung für Umweltschutz hat im Jahre 1975 ihr Arbeitsprogramm auf dem Gebiet des Umweltschutzes gestrafft und auf die vordringlich zu lösenden Probleme konzentriert. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Gebiet der Luftreinhaltung. Zwei Publikationen, und zwar der „Luftbericht“ und die „Ergebnisse der Umwelterhebung 1973“, wurden verfaßt.

Der Luftbericht wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für medizinische Physik der Universität Wien und dem Wiener Institut für Standortberatung Ende 1975 fertiggestellt. Das Ziel dieses Berichtes war, der Öffentlichkeit eine zusammenfassende Darstellung über die Luftgüte in Wien an Hand der bisher vorliegenden Forschungs- und Meßergebnisse und darauf aufbauend Vorschläge zur Verbesserung der Luftqualität vorzulegen. Weiters werden in diesem Bericht die wirtschaftlichen Aspekte der Luftverunreinigung aufgezeigt.

Die bisher vorliegenden Informationen über die Luftgüte in Wien zeigen, daß in den zentralen, dicht besiedelten und eng verbauten Gebieten in den Wintermonaten, insbesondere bei länger währenden Inversionslagen, Schwefeldioxyd- und Staubkonzentrationswerte auftreten, die sowohl jene Grenzwerte überschreiten, die für Wohn- und Industrieballungsgebiete (zusammengefaßt in Zone III) im „Luftqualitätskriterium SO₂“ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften angeführt sind, als auch jene, die von der WHO im Bericht 506 als Langzeitziele für städtische Regionen (Jahresmittelwert 0,06 mg SO₂/m³, 0,05 mg Staub/m³) empfohlen werden. Zusätzlich treten in verkehrsreichen Gebieten mit ungünstiger Verbauungsstruktur ganzjährig starke Belastungen der Luft durch verkehrsbedingte Luftverunreinigungen, besonders durch Kohlenmonoxyd, auf. Hinsichtlich des Ausmaßes an Belastungen durch Stickoxyde und Kohlenwasserstoffverbindungen lassen sich, ebenso wie für das sekundär entstehende Ozon und die anderen Oxydantien, mangels ausreichender Meßdaten derzeit noch keine gesicherten Aussagen machen.

Die durch die einzelnen luftfremden Stoffe gegebenen Belastungen reichen fallweise bereits aus, gesundheitliche Beeinträchtigungen und Schäden bei gewissen Risikogruppen der Bevölkerung hervorzurufen. Der kombinierte Effekt aus der gleichzeitigen Präsenz mehrerer luftfremder Stoffe und eventueller Stresssituationen, zum Beispiel durch Verkehrslärm usw., läßt sich mangels wissenschaftlich gesicherter Grundlagen noch nicht angeben. Es sind überhaupt auch für einzelne Komponenten, wie beispielsweise Kohlenwasserstoffverbindungen und Oxydantien, nur wenige Angaben über Grenzwerte (und diese sehr divergierend) zu finden. Das gleiche gilt für die im Staub vorkommenden Spurenelemente.

Hinsichtlich des Erhebungsprogramms „Luftgüte Wien“ ergeben sich die Konsequenzen:

Rascher Ausbau des telemetrischen Meßnetzes SO₂ auf 9 Stationen; Fortsetzung der ambulanten SO₂-Messungen und der Schwefelniederschlagsmessungen zur weiträumigen Kontrolle; Verwendung frei werdender kontinuierlicher Meßgeräte (ersetzt durch telemetrische Stationen) zur Erfassung weiterer Stadtgebiete im Rahmen von winterlichen Kurzzeitmessungen mit der Dauer von jeweils etwa 2 bis 3 Monaten; rasche Fertigstellung der Auswertung der „Umwelterhebung 1973“; beschleunigte Erstellung des „Umweltkatasters Wien“ zwecks Erfassung der Emittenten; Auf- und Ausbau eines mit kontinuierlichen Meßgeräten bestückten Staubmeßnetzes; Fortsetzung der Staubbiederschlagsmessungen; Einrichtungen transportabler Meßstationen (Container) für die verkehrsbedingten Abgase und intensive Sammlung von Meßdaten, wobei pro Standort jeweils mindestens 4 bis 6 Wochen Untersuchungszeitraum vorzusehen wäre; Erstellung von CO-Karten analog zu den Lärmkarten; Forschungsprogramm hinsichtlich COHb-Spiegel und Blutbleispiegel; Kombination der Messungen mit Verkehrszählungen.

Die Gesamtheit der bisher vorliegenden Meßresultate hat gezeigt, daß die dominierenden Emittenten luftfremder Stoffe in Wien der Hausbrand und der Verkehr sind, während Industrie- und Gewerbebetriebe wohl häufig zur erheblichen Belästigung von Anrainern beitragen, in ihrer Gesamtwirkung jedoch weit hinter den beiden erwähnten Emittentengruppen liegen.

Geht man von der Zielvorstellung aus, die Grenzwerte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften beziehungsweise der WHO nicht mehr zu überschreiten, insbesondere aber wesentlich unter

ihnen zu bleiben, um dadurch die gesundheitliche Beeinträchtigung von Risikogruppen zu verkleinern, so ergeben sich die drei Aufgaben der Reduzierung der Belastung der Stadtatmosphäre durch Schwefeldioxyd, der entscheidenden Verminderung des Staubgehaltes der Luft und der Bekämpfung der verkehrsbedingten Luftverunreinigungen. Diese Aufgaben betreffen das gesamte Stadtgebiet, insbesondere jedoch den Stadtkern und die dicht verbauten und besiedelten Bezirke im Bereich der ehemaligen Vorstädte.

Daraus ergibt sich, daß eine wesentliche Maßnahme zur Reduzierung der Schwefeldioxydbelastung nur durch eine schrittweise Umstellung der Versorgung der Haushalte und Industrie- und Gewerbebetriebe auf saubere Brennstoffe beziehungsweise auf saubere Energie, das heißt auf Gas, Elektrizität und Fernwärme, zu erreichen ist. Die Umstellung des Betriebes des schienengebundenen Verkehrs der ÖBB auf Elektrizität ist speziell im Bereich der Vorortelinie vordringlich. Weitere Maßnahmen in dieser Richtung könnten durch die Erhöhung der Wärmeisolation beim Bau von neuen Wohnungen erfolgen, wobei zusätzlich die prinzipielle Verminderung des Energieverbrauches gegeben wäre.

Die Staubbelastung Wiens ist zum Teil ein Verkehrsproblem, zum Teil aber auch ein Problem der Reinhaltung der Stadt. Es kann nicht übersehen werden, daß Bauschuttreste aller Art wochenlang auf und neben den Verkehrsbahnen liegenbleiben, die winterlichen Streumittel oft erst im späten Frühjahr beseitigt werden und der Transport von Sand, Erde, Altpapier und ähnlichen Gütern in äußerst sorgloser Weise vollzogen wird. Einen nicht unerheblichen Beitrag liefert der Streusand der Straßenbahnen. Ebenso negativ wirken sich die vielen ungepflegten kleineren Grundstücksflächen, die sich zum Teil im Besitz der öffentlichen Hand befinden und nicht selten als kleine Mülldeponien von der Bevölkerung mißbraucht werden, aus. Indem man diese Problematik und die mit ihr verbundenen Gefahren für die Gesundheit den Menschen zum Bewußtsein führt, gilt es im Zusammenwirken von kommunaler Verwaltung, Bevölkerung und Gewerbe neue Wege zu einem „sauberen Wien“ zu beschreiten.

Die vom Individualverkehr stammenden Luftverunreinigungen stellen nicht wie SO_2 und Staub ein flächenhaftes, sondern ein linienförmiges Problem dar, zumindest soweit die Immission von CO betroffen ist. Das ständig wachsende Verkehrsaufkommen gibt, vor allem in den Straßenschluchten der dichtbesiedelten Gebiete, Anlaß zu ernster Besorgnis. Als zu erreichendes Ziel wären in diesem Zusammenhang die von der WHO empfohlenen Grenzwerte anzusehen, die sich im übrigen mit den in den USA und einigen in anderen Staaten vorgeschriebenen decken. Eine spürbare Verbesserung der Verhältnisse dürfte erst dann zu erreichen sein, wenn die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs die Vorteile des individuellen Verkehrsmittels signifikant übersteigt.

Eine weitere Aufgabe liegt in der Überwachung jener Emittenten, die durch ihre sich lokal auswirkenden Emissionen zur Belästigung und auch Gefährdung der Anrainerschaft führen, so zum Beispiel Selchereien, Chemische Putzereien, Lackierereien und Druckereien, holzverarbeitende Betriebe sowie aluminiumverarbeitende und glaserzeugende Betriebe usw.

Bereits vor dem Luftbericht wurde von der Magistratsabteilung für Umweltschutz in Zusammenarbeit mit dem Wiener Institut für Standortberatung die Broschüre „Ergebnisse der Umwelterhebung 1973“ publiziert. Als signifikante Aussagen können festgehalten werden: Bei Tag fühlen sich 51,6 Prozent und bei Nacht 39,7 Prozent der Bevölkerung in ihren Wohnungen durch Lärm beeinträchtigt. 47,5 Prozent geben an, in den Wohnungen erheblichen Geruchsbelästigungen ausgesetzt zu sein, und schließlich erklärten 40,1 Prozent der Wiener, sie würden in ihrer unmittelbaren Umgebung durch Abfälle oder Staub belästigt. Als Hauptursache dieser Belästigungen wird der Autoverkehr empfunden, was mit dem Umstand korrespondiert, daß die wichtigsten Räume der Wohnung bei rund zwei Drittel der Wiener Bevölkerung straßenseitig orientiert sind. 44,1 Prozent leben sogar in Konfrontation mit verkehrsreichen Straßen. Zahlreiche Störfaktoren treten gekoppelt auf. Die Ergebnisse der Befragung lassen den Schluß zu, daß oft infolge einer Übersensibilisierung den Belästigungen durch den Verkehr eine höhere Bedeutung zugemessen wird, als es den objektiven Tatsachen entspricht.

Die Luftreinhaltung und die Lärmbekämpfung werden von den Wienern eindeutig als die vordringlichsten Aufgaben angesehen, die im Interesse des Umweltschutzes gelöst werden sollten: 34 Prozent nennen die Luftreinhaltung und 23,6 Prozent die Lärmbekämpfung an erster Stelle einer Prioritätenliste, während der Gewässerschutz und die Pflege des Stadtbildes in ihrer Bedeutung vergleichsweise niedrig bewertet werden. Schließlich gibt es bei der Bewertung der verschiedenen Störfaktoren bezirkweise erhebliche Unterschiede. Die geringsten Belästigungen durch Geruch und Lärm bei Tag oder Nacht sowie durch Staub treten im 13., 18., 19., 22. und 23. Bezirk auf, während die Verhältnisse im 1., 4., 6., 7. und 9. Bezirk am ungünstigsten eingestuft werden.

Zwischen einzelnen Fragenkomplexen konnten eindeutig Zusammenhänge nachgewiesen werden: Die Orientierung der Wohnung ist das Hauptkriterium für die Belästigung durch Immissionen verschiedener Art. Die meisten Störungen werden erwartungsgemäß in Wohnungen empfunden, die einer

verkehrsreichen Straße zugeordnet sind. Das Auto wird als Hauptursache für die Lärmplage und die Geruchsbelästigung angesehen. Lärm ist offenkundig jene Störung, die am unangenehmsten empfunden wird. Dies geht auch aus dem Zusammenhang bei der Bewertung einzelner Störfaktoren hervor: Lärmbelästigungen rufen die meisten Assoziationen mit anderen Störfaktoren hervor. Der Teil der Wiener Bevölkerung, der über Lärm- und Geruchsbelästigungen klagt, beurteilt die Grünflächenversorgung der Wohnumgebung als weniger günstig. Es liegt hier offenkundig ein „Stadtkernsyndrom“ vor, das heißt, daß gerade jene dichtverbauten Gebiete, die ohnehin mit Grünflächen sehr schlecht versorgt sind, vom täglichen Berufsverkehr am meisten betroffen werden. Das Erleben spezifischer Störungen korreliert mit der Forderung nach spezifischen Umweltmaßnahmen.

Die bereits in den Vorjahren begonnenen Vorarbeiten zur Erstellung eines SO_2 -Emissionskatasters wurden zielstrebig vorangetrieben und auch wesentliche Voraussetzungen für den weiteren Ausbau und die technische Perfektionierung des Wiener Luftmeßnetzes geschaffen.

Der Verschmutzungsgrad der Luft in einem Gebiet hängt von der Art und Menge der emittierten Stoffe, der Anzahl der Emissionsquellen und schließlich von der Möglichkeit einer natürlichen Luftmassenerneuerung ab. Dabei kann gerade das Schwefeldioxyd (SO_2) als Gradmesser der Luftverschmutzung angesehen werden. Die Wirkungen von Schwefeldioxyd und schwefeliger Säure sind vielfältig. Lacke werden in Farbe und Konsistenz verändert, Metalle korrodieren schneller, pflanzliche Fasern und Textilien verlieren ihre Elastizität und kalkhaltige Baumaterialien werden durch Sulfatbildung schneller zerstört. Beim Menschen führt dieses Schadgas zu erheblichen Gesundheitsbeeinträchtigungen. Es liegt daher nahe, den Gesamtausstoß an SO_2 in Form eines SO_2 -Emissionskatasters zu ermitteln, um auf diese Art und Weise den Grad der Luftverschmutzung feststellen zu können.

Als bedeutsame Vorarbeit für die Erstellung dieses SO_2 -Emissionskatasters war die Festlegung eines Bezugssystems notwendig, das als Grundlage für die EDV-mäßige Berechnung der SO_2 -Emissionen dienen soll. Durch dieses Bezugssystem wird das Wiener Stadtgebiet in Rasterfelder im Ausmaß von 1.000×1.000 m eingeteilt. Jedes Rasterfeld wird durch die in der Realnutzungskartierung 1972 enthaltenen Blockbezeichnungen (Codezahlen) definiert. Sämtliche SO_2 -Emittenten werden dem jeweiligen Rasterfeld zugeordnet und SO_2 -Emissionen der einzelnen Rasterfelder errechnet. Die SO_2 -Emissionen werden aus Einzeluntersuchungen bestimmter Emittentengruppen gewonnen.

Die Erarbeitung des Bezugssystems erfolgte in zwei Arbeitsgängen. Im ersten Arbeitsgang wurde das dichtbebaute Gebiet und im zweiten Arbeitsgang das restliche Wiener Stadtgebiet erfaßt. Dieses Bezugssystem wird nicht nur für den SO_2 -Emissionskataster, sondern auch für das als Endziel in Aussicht genommene Immissionsprognosemodell Anwendung finden.

Folgende Emittentengruppen wurden bei der Erhebung des SO_2 -Ausstoßes untersucht:

In der Emittentengruppe Kraft- und Fernheizwerke sind die Kraftwerke der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke, das Fernheizkraftwerk Arsenal, das Fernheizkraftwerk Hofburg, die Fernheizwerke und Kesselhäuser der Heizbetriebe Wien Ges. m. b. H. enthalten. Blockheizwerke, deren Betreiber und Eigentümer ident sind (zum Beispiel Heizzentralen in Gemeinde- oder Genossenschaftsbauten), wurden in die Emittentengruppe „Hausbrand“ eingereiht.

Die unter sozialer und technischer Infrastruktur subsumierten Emittenten sind alle Ministerien mit untergeordneten Dienststellen, wie Bundesämter, Ämter, Außenstellen usw., sowie nachgeordnete Wirtschaftsgruppen, wie Post, Bahn, Exekutive, Militär; alle Dienststellen der Schulverwaltung sowie alle öffentlichen und privaten Schulen; diplomatische Vertretungen, Selbstverwaltungskörper und Körperschaften des öffentlichen Rechtes; sämtliche privaten und öffentlichen Krankenhäuser, Horte, Heime usw.; Mutterberatungsstellen, Jugendämter usw.; Theater, kulturelle Einrichtungen, wie Häuser der Begegnung und Büchereien; alle Dienststellen des Magistrats sowie Bezirksämter, Standesämter, Volkshochschulen, Musikschulen, Bäder, Feuerwehr, Rettung, Dienststellen der öffentlichen Sicherheit, Verkehrsbetriebe (Zentralstellen und Außenstellen), diverse andere Dienststellen sowie die Finanz- und Justizverwaltung, Verbände, Vereine, Gewerkschaften, sonstige Körperschaften, Parteien, Kirche usw.

In der Emittentengruppe „Industrie und Großgewerbe“ wurden alle Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten berücksichtigt. Die Richtzahl von 100 Beschäftigten bezieht sich auf alle Wiener Betriebsstätten eines Unternehmens. Betriebsstätten, die nicht annähernd diese Größenordnung erreichten, wurden bei dieser Untersuchung ausgeschieden und werden bei der Emittentengruppe „Kleingewerbe“ berücksichtigt. Darüber hinaus wurden auch noch Betriebe mit knapp unter 100 Beschäftigten der Branchen mit hohem Energiebedarf in diese Emittentengruppe eingereiht.

Zur Emittentengruppe Landwirtschaft wurden in erster Linie all jene Betriebsstätten gezählt, deren Tätigkeit auf die Produktion von landwirtschaftlichen Gütern ausgerichtet ist und die als potentielle SO_2 -Emittenten angesehen werden können. Dies sind vorwiegend Betriebe, die mit Hilfe von beheizten Gewächshäusern Zierpflanzen- und Gemüsebau betreiben. Eine zweite Gruppe von Gewächs-

häusern bilden die Reservegärten der Universitäten. Das Palmenhaus und der Tiergarten im Schloß Schönbrunn, das Palmenhaus im Burggarten und die Gärten in der Anlage des Belvederes wurden ebenfalls in die Untersuchung aufgenommen.

Die in Auftrag gegebenen Auswertungen der Emittentengruppen Einzel- und Großhandel, Kleingewerbe, Büros und Hausbrand konnten im Jahre 1975 nicht abgeschlossen werden.

Bei der Industrie und dem Großgewerbe wurden von den 500 bis 600 potentiellen Großemittenten rund 300 Betriebe aus Branchen mit hohem Energiebedarf ausgewählt. In diesen Betrieben wurden der Brennstoffverbrauch nach Menge, Sorte, Schwefelgehalt, die Feuerungsart und die Austrittshöhe der Abgase erhoben. Aus dem so ermittelten Brennstoffverbrauch wurde der SO_2 -Ausstoß unter Berücksichtigung der Einbindung von Schwefel errechnet. Die Ermittlung der SO_2 -Emissionen der restlichen Betriebe wird ebenfalls durch Begehung, Schätzung, Expertenbefragung und nach Durchsicht entsprechender statistischer Daten erfolgen.

Nach Vorliegen des Gesamtwertes der ermittelten Emissionen geht es um die Feststellung der Form und der Art des Transportes des Schadstoffes. Der Transport von Schadstoffen, die eine Emissionsquelle verlassen, erfolgt in der Atmosphäre auf äußerst komplizierte Weise. Die Beimengungen werden mit der vorherrschenden Windströmung mitgeführt, jedoch durch einen Diffusionsprozeß verdünnt. Während die Emissionsstärke und die Emissionskonzentration durch Messungen genau ermittelt werden können, ist es nicht möglich, den Ausbreitungsvorgang meßtechnisch zu erfassen. Es müssen daher mathematisch-physikalische Simulationsmodelle aufgestellt werden, die den jeweiligen meteorologischen Bedingungen optimal anpaßbar sind. Sie gestatten, mit Hilfe der Emissionsdaten und meteorologischen Parameter, entsprechend der herrschenden oder angenommenen Wetterlage, Berechnungen der Immissionen durchzuführen. Nach Vorliegen des Emissionskatasters und dieser mathematisch-physikalischen Simulationsmodelle kann unter Zuhilfenahme meteorologischer Parameter an die Verwirklichung des sogenannten Immissionsprognosemodells gegangen werden, mit dessen Hilfe es möglich sein wird, die SO_2 -Belastung der Luft in bestimmten Gebieten unter Bedachtnahme auf die jeweils herrschenden Strömungsverhältnisse vorauszusagen.

Diese Unterlagen werden es ermöglichen, gezielte Maßnahmen ergreifen zu können, um die Luftverunreinigung auf ein für die Wohnbevölkerung erträgliches Maß zu reduzieren.

Zur Feststellung der Luftverunreinigungen werden im Wiener Stadtgebiet seit 1970 Summenmessungen von Schwefelverbindungen (SO_2) und Staub konstant durchgeführt. Außer einem ambulant aufgebauten Meßnetz liefern acht selbsttätig registrierende Meßmonitore ständig Werte über den in ihrem Bereich zu messenden SO_2 -Gehalt der Luft. Da dieses bereits bestehende Meßnetz der kontinuierlich messenden Stationen einen relativ hohen Wartungsaufwand erfordert, wird durch die Magistratsabteilung für Umweltschutz der Ausbau der telemetrischen Übertragung an die bereits eröffnete und der Öffentlichkeit vorgestellte Luftmeßzentrale in der Rathausstraße besonders vorangetrieben. Drei Meßstationen sind bisher angeschlossen, und für die in jüngster Zeit geplanten weiteren vier Meßstationen konnten 1975 sämtliche Vorarbeiten, wie baubehördliche Genehmigung, vor allem aber die Möglichkeit der Sicherung von freien Leitungen für die telemetrische Übertragung unter Mitarbeit der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke erledigt werden. Bei drei dieser neuen Meßstellen konnten im Herbst 1975 bereits die baulichen Voraussetzungen für die Errichtung der Meßhäuschen geschaffen werden. Wertvolle Dienste zur Feststellung von Schadstoffkonzentrationen in der Luft werden auch die beiden bereits im Einsatz stehenden und mit entsprechenden Meßgeräten ausgestatteten Umweltschutzmeßwagen, die bei der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien und bei der Feuerwehr und dem Katastropheneinsatz stationiert sind, leisten.

Von der Physikalisch-technischen Versuchsanstalt für Wärme- und Schalltechnik des Technologischen Gewerbemuseums wurde im Jahre 1974 ein Gutachten über eine zusammenfassende Darstellung der Lärmbelastung in Wien an Hand von 90 Verkehrslärmmeßpunkten fertiggestellt. Die Meßergebnisse über den Verkehrslärm an 61 Punkten in Wien aus den Jahren 1973/74 wurden den Ergebnissen der Umwelterhebung 1973 über die subjektiv angegebene erhebliche Lärmbelastung, die in der Wohnung von außen durch Straßenverkehr und schweren Lkw-Verkehr zu verspüren ist, gegenübergestellt. Dabei wurden die Antworten von insgesamt 2.624 Personen ausgewertet, die in Wohnhäusern, die dem jeweils gemessenen Verkehrslärm ausgesetzt sind, wohnen. Die Ergebnisse der restlichen Meßprodukte konnten bei dieser Gegenüberstellung nicht verwertet werden, da in diesen Fällen die Daten aus der Umwelterhebung 1973 dazu nicht herangezogen werden konnten.

Diese Untersuchung hat eine nahezu völlige Übereinstimmung zwischen der subjektiven Beurteilung und dem objektiven Ausmaß der Lärmbelastung ergeben. Weiters wurde festgestellt, daß bei allen Meßstellen die Störung durch den Straßenverkehr tagsüber höher ist als nachts. Beruf und Alter der Personen sowie das Stockwerk waren ohne Einfluß auf die Angaben über das Ausmaß der Belästigung. Es wurde auch ein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Anteil der erheblich durch Straßen-

verkehrslärm Belästigten und der Anzahl der Kraftfahrzeuge, im besonderen der der Lkws, festgestellt. Zusätzliche Auswertungen zeigten, daß im Bereich geringen Verkehrslärms kleinere Spitzen-schallpegel, die durch vereinzelt vorbeifahrende Kraftfahrzeuge verursacht werden, relativ größere subjektive Belästigung verursachen dürften.

Die Auswertungen der Antworten auf die Frage, welche der Umweltschutzfragen in Wien am vordringlichsten zu lösen ist, ergaben, daß die Lärmbekämpfung genannt wurde, und zwar bei steigender Anzahl von Kraftfahrzeugen von einem immer größeren Personenkreis. Bei der Überschreitung einer Kraftfahrzeugzahl von rund 600 pro Stunde halten mehr als 50 Prozent der befragten Personen die Lärmbekämpfung für die vordringlichste Frage.

Eine weitere Arbeit war eine Studie des Österreichischen Institutes für Raumplanung in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen über subjektive Beurteilung und objektives Ausmaß von Immissionen in neun ausgewählten Straßen Wiens. Hauptziel dieser Studie war es, den Grad der Übereinstimmung zwischen der subjektiv empfundenen Belästigung durch bestimmte Immissionen (wie sie die Angaben in der Umwelterhebung 1973 darstellen) und dem objektiven, durch Messungen festgestellten Ausmaß verschiedener Immissionen zu untersuchen und abzugrenzen. In die Untersuchung wurden neun Straßen einbezogen, die — gemessen am Verkehrsaufkommen — verschiedene, wichtige Straßentypen vertreten. Vom Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen wurden in diesen Straßen der Lärm und die Luftverunreinigung durch Messungen an einigen Stichtagen, bei unterschiedlichen Wetterbedingungen und bei verschiedenen Verkehrsaufkommen, festgestellt. Für die ausgewählten Straßen wurden die Ergebnisse der Umwelterhebung 1973, die die Angaben über erhebliche Belästigungen durch Lärm, Gerüche und auf Grund der Orientierung der wichtigsten Wohnräume betreffen, aufbereitet. Basierend auf beiden Erhebungen wurde der Zusammenhang zwischen subjektivem und objektivem Ausmaß bestimmter Immissionen durch Vergleiche und Korrelationsrechnungen untersucht. Die Ergebnisse zeigen einen hohen Grad der Übereinstimmung zwischen subjektiver Beurteilung und objektivem Ausmaß der Umweltbelastung. Diese Untersuchung stellt ebenfalls ein Beispiel dar, daß die Ergebnisse der Umwelterhebung 1973 für verschiedenste Arbeiten im Sinne des Umweltschutzes repräsentativ und verwertbar sind.

Im Zusammenhang mit den Untersuchungen über das Assanierungsgebiet Ottakring hat die Magistratsabteilung für Umweltschutz eine Sonderauswertung der Umwelterhebung 1973 durchführen lassen. Die gewonnenen Daten wurden in graphischer Form häuser- und blockweise aufbereitet und geben in anschaulicher Form die subjektive Einschätzung der Umweltsituation im Assanierungsgebiet Ottakring wieder. Wenn man die Ergebnisse dieser Untersuchung mit den in diesem Gebiet herrschenden Umweltverhältnissen vergleicht, so zeigt sich eine auffallende Übereinstimmung der subjektiven Eindrücke der Bevölkerung mit den tatsächlichen Gegebenheiten. Diese Untersuchung kann daher als eines der Bewertungskriterien für die formelle Erklärung dieses Gebietes zum Assanierungsgebiet und als Arbeitsunterlage für die Projektierung von Maßnahmen zur Verhinderung von störenden Umwelteinflüssen herangezogen werden.

Über Anregung der Bäderkommission wurde vom Institut für Freiraum- und Erholungsplanung im Jahre 1974 eine Studie über die Bäderversorgung Wiens und das aktuelle Besuchsverhalten der Wiener Bevölkerung durchgeführt. Diese Studie basiert auf den Ergebnissen einer von der Stadtstrukturplanung durchgeführten Freizeituntersuchung, auf Angaben der städtischen Bäderverwaltung und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft über Privatbäder. Aufbauend auf dieser Studie wurde im Jahre 1975 eine Untersuchung zum Thema „Analyse der Angebotsstruktur — Strukturverbesserungsmaßnahmen für die Wiener Bäder“ in Auftrag gegeben. Mit dieser Untersuchung soll eine Bestandserfassung der Wiener Bäder hinsichtlich baulicher und sanitärer Einrichtungen, Versorgungs- und Folgeeinrichtungen, Wasserflächen, Wasseraufbereitung, Besucherzahlen, Öffnungszeiten, laufender Aufwendungen, Sanierungsarbeiten, Grundstücksgröße, Grundbesitzverhältnisse, Pflanzenbewuchs usw. vorgenommen werden. An Hand dieser Daten soll eine genaue und spezifizierte Analyse für die Erstellung eines Bestandskataloges erfolgen. Die Ergebnisse dieser Analyse sollen mit denen einer Befragung zum Bäderbesuchsverhalten der Wiener Bevölkerung in Beziehung gesetzt werden und daraus ein Maßnahmenkatalog für die optimale Ausstattung der Wiener Bäder erstellt werden.

Da innerhalb des Magistrats die verschiedenen Abteilungen mit Problemen des Umweltbereiches „Wasser“ befaßt sind, erschien es der Magistratsabteilung für Umweltschutz sinnvoll, Mitte des Jahres 1975 die Konstituierung des „Arbeitskreises Wasser“ vorzunehmen, der unter ihrer Federführung die Koordination sowie Reihung, Wertung und Betreuung von Arbeiten innerhalb des Magistrats betreffend „Wasser“ zur Aufgabe hat. Als erster Schritt in dieser Richtung konnte im Oktober 1975 das Bundesinstitut für Wassergüte beauftragt werden, die Erhebung der biologischen Wassergüte aller Oberflächengerinne im Raume Wien sowie die graphische Darstellung der Güte in Form einer Gewässergütekartei zu erstellen.

Auf legislativem Gebiet wurden von der Magistratsabteilung für Umweltschutz die Entwürfe zweier Verordnungen fertiggestellt. Es handelt sich dabei um den Entwurf einer Verordnung betreffend das Verbot beziehungsweise die Einschränkung der Verwendung von Auftausalzen zur Vermeidung beziehungsweise Bekämpfung von Eis- und Schneeglätte und um den Entwurf einer Verordnung betreffend die Reinhaltung von Privatgrundstücken. Bei der Ausarbeitung des Entwurfes „Salzverordnung“ ließ man sich vom Grundsatz der Sicherheit als oberstes Prinzip leiten. Es wurde von der Überlegung ausgegangen, nur dort ein Verbot betreffend die Anwendung von Auftausalzen zu erlassen, wo es unter Einhaltung dieses Sicherheitsgrundsatzes vertretbar ist. Bei den dem öffentlichen Fahrzeugverkehr dienenden Fahrbahnen, Stiegenanlagen von öffentlichen oder privaten Gehsteigen und Gehwegen, Eisenbahnanlagen und Haltestellenbereichen öffentlicher Verkehrsmittel wurde von einem gänzlichen Verbot der Verwendung von Streusalzen abgesehen. Die Salzstreuung auf den oben genannten Bereichen ist dahin einzuschränken, daß je Streueinsatz nur eine Höchstmenge von 15 g je m² verwendet wird. Auf allen übrigen öffentlichen und privaten Verkehrsflächen ist die Verwendung von Auftausalzen verboten. Darunter fallen nicht nur Gehsteige und Gehwege im Sinne der Straßenverkehrsordnung, sondern auch sämtliche für den Fußgängerverkehr bestimmten öffentlichen und privaten Flächen sowie auch Wege innerhalb von Privatgrundstücken. Dieses Verbot gilt aber auch für Privatstraßen, insbesondere Zufahrten und nichtöffentliche Abstellplätze.

Für jene Fälle, in denen die Verwendung von Auftausalzen im Interesse der Sicherheit unbedingt notwendig sein wird, sind Ausnahmemöglichkeiten vorgesehen. Dies wird zum Beispiel bei öffentlichen Einrichtungen wie Spitälern und Altersheimen der Fall sein, bei denen Auftausalze zur Aufrechterhaltung eines geregelten Betriebes und im Interesse der Benützer dieser Einrichtungen unbedingt verwendet werden müssen. Bei der Erteilung einer Ausnahmegenehmigung wird ein sehr strenger Maßstab anzulegen sein, damit im Interesse des Umweltschutzes Auftausalze nur im unbedingt notwendigen Ausmaß verwendet werden. Um dies zu erreichen, ist vorgesehen, daß Ausnahmegenehmigungen nur bedingt, befristet, mit Auflagen oder auf bestimmte Verkehrsflächen eingeschränkt erteilt werden können. Für den Fall, daß die Voraussetzungen, unter denen Ausnahmegenehmigungen gewährt werden, nicht mehr vorliegen, ist der Widerruf der Ausnahmegenehmigungen vorgesehen. Diese Verordnung wurde im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 51/1975 verlautbart und tritt mit 1. Jänner 1976 in Kraft.

Um der Wiener Bevölkerung als Alternative zur Salzstreuung die Verwendung anderer optimaler Streumittel vorzuschlagen, wurde der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal ein Forschungsauftrag über die Möglichkeiten zur Sicherung der winterlichen Verkehrsflächen unter besonderer Berücksichtigung der Splittstreuung erteilt. Dabei wurden auch die Rückstände aus den Müllverbrennungsanlagen auf ihre Verwendbarkeit getestet. Der Test verlief positiv. Im Winter 1975 wurde im Rathauspark eine Teststrecke angelegt, die mit Splitt, Hochfenschlacke und Rückständen aus der Müllverbrennung bestreut wurde.

Der Entwurf einer Verordnung des Wiener Magistrats über die Reinhaltung von Privatgrundstücken setzte sich das Ziel, wilde Deponien zu bekämpfen. Die Ausarbeitung dieser Verordnung wurde deshalb notwendig, da trotz der in verschiedenen Rechtsvorschriften des Bundes und des Landes enthaltenen Verunreinigungs- und Ablagerungsverbote die wilden Deponien immer mehr zunahmen und es bisher keine Möglichkeit gab, die Beseitigung dieser Ablagerungen im Verwaltungswege zu veranlassen, abgesehen von den Fällen, durch die eine Grundwassergefährdung auftreten kann. Obwohl das am 1. Jänner 1976 in Kraft tretende Forstgesetz 1975 Bestimmungen über die Entfernung von Ablagerungen in Wäldern enthält, kommt es zu Handlungen und Unterlassungen, auf welche die von der Magistratsabteilung für Umweltschutz ausgearbeitete Rechtsvorschrift Anwendung finden wird. Durch diese Verordnung wird ermöglicht, die Entfernung von wilden Deponien bescheidmäßig anzuordnen und bei Nichterfüllung die Entfernung im Zuge der Verwaltungsvollstreckung vornehmen zu können. Da in der überwiegenden Anzahl der Fälle der Verursacher nicht bekannt ist beziehungsweise nicht eruiert werden kann, treffen die Entfernungspflicht und die daran geknüpften Rechtsfolgen den Grundeigentümer. Diese Verordnung wurde im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 52/1975 veröffentlicht und tritt mit 1. Jänner 1976 in Kraft.

Das zunehmende Interesse der Wiener Bevölkerung an der Tätigkeit der Verwaltung in Fragen des Umweltschutzes machte sich im Jahre 1975 bereits durch die wesentlich vermehrte Zahl von Anfragen und Beschwerden betreffend Probleme des Umweltschutzes bemerkbar. Eine wesentliche Aufgabe erfüllt die Magistratsabteilung für Umweltschutz auch als Informationsquelle für Fragen des Umweltschutzes. Im Laufe des Jahres 1975 wurden sehr verschiedene Probleme des Umweltschutzes in Form von Veröffentlichungen sowie im Rahmen von Publikationen wissenschaftlicher Institute an die Öffentlichkeit herangetragen. Eine besonders umfangreiche Arbeit war im März 1975 die zweibändige Zusammenstellung von Definitionen, Faktoren, Grenzwerten und Maßnahmen samt

einer umfangreichen Zusammenfassung der diesbezüglichen Richtlinien und Normen zum Thema „Wohnen und Umweltschutz“, die speziell für den Dienstgebrauch gedacht ist und eine aktuelle Dokumentation auf diesem Gebiet darstellt. Vorträge bei Seminaren, Kursen, Versammlungen usw., durch die die Magistratsabteilung für Umweltschutz als Vertreter der Stadt Wien über Umweltschutzprobleme unserer Stadt Auskunft gab, dienten genauso der Öffentlichkeitsarbeit wie zum Beispiel auch die Information und Führung von ausländischen Delegationen.

Die Tätigkeit des Referates für Naturschutz ist durch die Wiener Landesnaturschutzgesetzgebung vorgezeichnet. Auf dem Gebiet des Einzelnaturdenkmalschutzes wurden 36 Bescheide erlassen, die mehr als 100 Bäume betreffen. Demgegenüber steht der Abgang an geschützten Pflanzen, Weihern, Felsen usw. durch Löschung von sieben Fällen im Naturdenkmalbuch. Innerhalb der alten und neugeschaffenen Naturdenkmäler kam es 1975 zu Nachpflanzungen und lebenden Schnitten größeren Stils, zum Beispiel im Napoleonwald, im Hörndlwald, in der Schwarzlackenu, in der Naturdenkmalschutzgruppe Ölzeltpark und Am Cobenzl. So wie bisher wurde das Referat zu Baubewilligungsverfahren in Schutzgebieten und bei Einzelnaturdenkmälern beigezogen. Eigene Verfahren wurden nach dem Wiener Landesnaturschutzgesetz abgewickelt; im Zusammenhang damit konnte die Einflußnahme auf die Abänderungen des Flächenwidmungsplanes erweitert werden. Bei der Wahrung von Landschaftsschutzgebieten durch Aktionen gegen die Verhüttelung und die Mülldeponierung, die durch die Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels im Jahre 1975 zugenommen haben, arbeitete das Referat mit der Baupolizei und den anderen Magistratsabteilungen zusammen und erzielte dadurch Absiedlungen, die Beseitigung von Unrat, die Sanierung von Gewässern usw. Eine Besonderheit stellten die Verhandlungen betreffend die Hintanhaltung von privaten Sportanlagen auf Erholungsflächen in Neuwaldegg und Ober-St. Veit dar. Gegen die Verunzierung des Landschaftsbildes durch Reklame aller Art wurde eingeschritten.

Neu war der Versuch, in Schutzgebieten das Wanderwegsystem wieder mehr auszugestalten, da dieses auch zur Erschließung der dort befindlichen Einzelnaturdenkmäler dient. Während in den letzten Jahrzehnten mehrere Wanderwege infolge mangelnden Interesses der Öffentlichkeit verfallen sind, macht sich in letzter Zeit ein Gesinnungsumschwung und eine vermehrte Inanspruchnahme derartiger Verbindungen bemerkbar, wozu der Gedanke der Fitnesmärsche wesentlich beiträgt. So konnte ein Wanderweg durch das Mauerbachtal mit seinen zahlreichen Naturdenkmälern bereits fertiggestellt werden. Die Arbeiten für den Verbindungsweg zwischen den Naturdenkmälern Hofjagdallee und Hofjägerstraße stehen unmittelbar vor Beginn. Mehrere Wege im 19. Bezirk sollen folgen. Auch der neue Weg zum Naturdenkmal 23, Himmelswiese, erfüllt seit kurzem seine Bestimmung. Im Landschaftsschutzgebiet Lobau, für das die Vorbereitungen zur Anhebung in Teil- und Vollnaturschutzgebiete weitergingen, wurden mehrere Maßnahmen gesetzt beziehungsweise für 1976 vorbereitet: Nebst Bearbeitung der Einzelnaturdenkmäler in der Lobau konnte dem Lobau-Museum entsprechende Hilfe zuteil werden. Die Umwandlung der Peleska-Grube in ein Auwasser wurde vollendet. Neu ist der Versuch einer Schlammabsaugung im Bereich des Kleinen Schilliches, weil die bisher übliche Art der Baggerung an mehreren Stellen Einwände der Ökologen hervorrief.

Die Geschäftsführung des Wiener Landesnaturschutzbeirates erbrachte im Frühsommer 1975 eine Vollsitzung und eine Exkursion in das geplante Naturschutzgebiet Lobau. Die Mitwirkung im Kontaktkomitee Wien — Niederösterreich vollzog sich vor allem in Hinblick auf die Investitionsmöglichkeiten des neugeschaffenen Sicherungsvereines grenznaher Erholungsgebiete.

Besondere Bedeutung erlangte 1975 die Subventionstätigkeit, die erstmals die wichtigsten Organisationen des Naturschutzes am privaten Sektor Wiens umfaßte. Auf dem Gebiet „Auftragserteilung“ konnte ein Werk über die historischen Grundlagen der Wiener Parkkulturen in Angriff genommen werden. Die Wiener Naturwacht erfuhr die notwendige Förderung, vor allem in den Abschnitten Information, Ausrüstung und bei der Abwicklung einlaufender Anzeigen und Hinweise. Der Personalstand der Wiener Naturwacht wurde durch je einen Prüfungstermin im Frühjahr und Herbst samt nachfolgender Angelobung um 18 Personen vermehrt.

Von den sonstigen Tätigkeiten des Naturschutzes seien die Führung des öffentlichen Wiener Naturdenkmalsbuches, die Neuanlage eines Archives von Plänen über Landschaftsschutzgebiete, die Anlage einer Photokartei über Naturdenkmäler und besondere Naturgebilde des Wiener Raumes und die Führung einer neuangelegten Kartei über alle Wiener Naturdenkmäler zu erwähnen.

Die Verwirklichung des Alleenprogramms führte zu umfangreichen Auspflanzungen in den Bereichen des 13. und 23. Bezirkes. Zugunsten der Erhaltung der Naturdenkmäler in 23, Georgenberg, und in der Kaserngasse erfolgten Verhandlungen mit den betreffenden Bundesdienststellen. Die Errichtung eines Schießplatzes im Erholungsgebiet Maurer Wald konnte verhindert werden. Die Ausgestaltung des Naturdenkmals Schönbrunner Allee schuf ein Beispiel historischer Verkehrsflächen-

gestaltung. Der Edelkastanienbestand an der Lueger-Wiese im 19. Bezirk wurde beträchtlich erweitert. Die Einflußnahme zugunsten naturnahen Wasserbaues vollzog sich im Bereich des Gütenbaches, der Oberen Liesing sowie bei Altwässern in der Lobau. Die Wiederbelebung der Aktion „Tag des Baumes“ ermöglichte allen Wiener Bezirksvorstehern Baumpflanzungen in ihren Bereichen.

Vogelschutzmaßnahmen, wie Ankauf und Aushang von Nistkästen in bestimmten Gebieten Wiens, vervollständigen die geschilderte Tätigkeit, die ihrerseits auch durch Beantwortung einer Fülle von Anfragen des In- und Auslandes ergänzt wird.

Zum Arbeitsbereich gehörte weiters die Teilnahme an den Expertenkonferenzen der Naturschutzreferenten, deren Empfehlungen zur Koordinierung der Tätigkeit der Bundesländer in bezug auf internationale Vereinbarungen, Konferenzen und auf die Naturschutzmaßnahmen des Europarates beitragen. Hiezu kommt die Mitwirkung in der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz und in der Arbeitsgemeinschaft der Berg- und Naturwachen Österreichs.

Der Wiener Landesnaturschutztag 1975, der in Zusammenarbeit mit der Landesgruppe Wien des Österreichischen Naturschutzbundes und mit der Arbeitsgemeinschaft „Wiener Naturwacht“ vorbereitet wurde, brachte im Beisein von Vertretern der österreichischen Bundesländer und der Nachbarstaaten eine Analyse der gefährdeten Donaulandschaft.

Kanalisation

Auf der Hauptkläranlage wurden nach den im Vorjahr abgeschlossenen Arbeiten an den Baulosen 3 und 4 im Jahre 1975 die Lieferung und die Montage der Schieber, Schützen, Dammtafeln und Dammbalken sowie die in den Kollektoren erfolgte Verlegung der Schlammdruckleitungen beendet. Die bereits erfolgte Ausschreibung des Bauloses 5 (Hochbauten) wurde zurückgezogen und die Arbeiten wurden 1975 neuerlich ausgeschrieben, außerdem die Lieferung und Montage der für den Sauerstoffeintrag erforderlichen Oberflächenbelüfter, der Kreisel. In der lange Zeit offenen Frage der Art der Klärschlammbehandlung und -beseitigung wurde nach eingehender Prüfung auf Frischschlammverbrennung entschieden.

Von den im Jahre 1975 projektierten, zur Anbotstellung ausgeschrieben oder ausgeführten Kanalbauten sind besonders zu erwähnen: Nach Vergabe der maschinellen Einrichtung des Hochwasserpumpwerkes am untersten Überfall des Rechten Hauptsammelkanals und nach der fertiggestellten Projektierung des Objektes wurden alle Arbeiten dafür ausgeschrieben. Am linken Donaukanalufer wurde das 1. Baulos der Verlängerung des Linken Hauptsammelkanals (Doppelprofil 2×2,55 m aus 5 m langen Fertigteilen) bis Jahresende 1975 fertiggestellt, ebenso der Donaukanaldüker. Die Arbeiten für das 1.300 m lange 2. Baulos wurden ausgeschrieben und begonnen.

Durch Fertigstellung des letzten Teilstückes des Verbindungskanals zwischen dem 2. Leopoldauer und dem 2. Donauefelder Sammelkanal wurde die Entlastung des Leopoldauer Sammlers ermöglicht. Das letzte Teilstück des Linken Liesingtal-Sammelkanals zwischen Pfarrgasse und Nauheimergasse wurde fertiggestellt. Hiemit kann nach Errichtung eines Umlaufkanals die Kläranlage Gelbe Heide zum größten Teil außer Betrieb genommen, die ihr bis dahin zugeleiteten Abwässer können direkt der Kläranlage Blumental zugeleitet werden.

Zahlreiche Bauten wurden zur Erweiterung des Kanalnetzes in den Randbezirken Wiens und zur Erschließung städtischer Wohnhausanlagen durchgeführt sowie die für die Erschließung des Betriebsbaugebietes an der Perfektastraße erforderlichen Arbeiten am Ostrandstraßen-Sammelkanal fertiggestellt. Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau im 9. Bezirk waren Kanalumlegungen notwendig, von denen der 570 m lange Alsbach-Entlastungskanal 9, Rooseveltplatz—Alser Straße, im Minierungsverfahren hergestellt wurde.

Insgesamt hat die Länge der Straßenkanäle bis Jahresende 1975 rund 1,569.400 m erreicht, an Kanalneubauten wurden 27.700 m und an Kanalumbauten einschließlich der Umlegung wegen U-Bahn-Bauten 2.400 m hergestellt.

Für die Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden im Jahre 1975 4,7 Kilometer öffentliche Straßenkanäle errichtet, wie etwa für die Betriebsbaugebiete 3, Erdberger Mais, 10, Aldergründe, und 23, Perfektastraße.

Vom Linken Donausammelkanal, der den größten Kanalbau zur Zusammenfassung der Abwässer Wiens darstellt und im Zusammenhang mit den Maßnahmen für den erweiterten Hochwasserschutz von Wien steht, wurden nach Fertigstellung der Abschnitte 2, 3 und 7 im Jahre 1975 die Abschnitte 5,2 und 6 (von der Reichsbrücke bis zur Floridsdorfer Brücke) und 4 und 5,1 (vom unteren Ende der Alten Donau bis zur Reichsbrücke) in Angriff genommen. Für das große

Schmutzwasser- und Überfallpumpwerk wurden nach der 1974 erfolgten Ausschreibung der Pumpen die Baumeister- und Professionistenarbeiten ausgeschrieben. Auch die Ausschreibung für die Herstellung des Donaudükers samt den entsprechenden Hochbauten beim Ein- und Auslaufbauwerk wurde 1975 durchgeführt.

An baupolizeilichen Angelegenheiten, die Hauskanäle betreffend, wurden 7.700 neue Akte mit 3.350 Kanalbefunden erstellt und 4.850 Planbegutachtungen größerer Hauskanalanlagen im Parteienverkehr durchgeführt. 4.200 unerledigte Kanalstandsetzungs- und Anschlußaufträge aus früheren Jahren wurden überwacht.

Die Ausweitung des Kanalnetzes hat auch im Kanalbetrieb auf vielen Sektoren einen Aufgabenzuwachs bewirkt. Durch einen vergrößerten Einsatz der Hochdruckwagen konnten wesentlich mehr als in früheren Jahren, nämlich 606 km Rohrkanäle und 793 km Profilkänel, gereinigt werden. Es ergab sich eine Gesamtaushubmenge der Senkgruben von 135.383 m³.

An 275 Tagen waren die 5 Hochwasserpumpwerke insgesamt 2.748 Stunden bei einer Leistung von 159.020 kWh in Betrieb, die Regenwasserpumpwerke verzeichneten eine Leistung von 6.850 kWh und die 5 Hebewerke bei einer Abwassermenge von 3.474.557 m³ eine Leistung von 81.372 kWh. Das Hebewerk Autokaderstraße wurde aufgelassen und dessen Einzugsgebiet kanalmäßig an das Hebewerk Schwarzlackenau angeschlossen.

1975 wurden in der Kläranlage Blumental 148 Millionen Kubikmeter Abwasser gereinigt, wobei sich ein Stromverbrauch von rund 3,9 Millionen Kilowattstunden ergab. Der Rechengutanfall betrug 2.082 m³. Der in der Kläranlage Blumental trotz steigender Schmutzwassermenge wesentlich geringere Stromverbrauch ist ein Einsparungserfolg der im Einvernehmen mit der Technischen Universität Wien durchgeführten Entwicklungsarbeit des Kanalbetriebes auf dem Gebiet der Steuerung der Kläranlage mit zeitlichen Sofortwerten. Diese Entwicklungsarbeit wird im Hinblick auf eine technisch einwandfreie und kostensparende Betriebsführung der Hauptkläranlage Wien vorangetrieben.

Im Zuge des Ausbaues der Hochdruckwagenräumung wurden für den Fuhrpark des Kanalbetriebes zwei weitere Hochdruckspülfahrzeuge mit einem Kesselinhalt von 10.000 und 14.000 Litern sowie einer Pumpenleistung von 340 und 680 Litern pro Minute in Betrieb gestellt. 11 Senkgrubenfahrzeuge wurden von der Magistratsabteilung Stadtreinigung und Fuhrpark übernommen und in Dienst gestellt. Um die für die Senkgrubenräumung notwendigen Fahrzeuge sicherzustellen, wurden 6 Senkgrubenfahrzeuge mit einem Kesselinhalt von je 7 m³ sowie ein kombinierter Hochdruck-Saugwagen bestellt. Weiters wurde außer einem zweiten Werkstatteinsatzwagen für den Hauptsammelkanalbetrieb auch ein Mannschaftswagen mit Raum für 14 Mann plus Laderaum für Geräte gekauft, der den vorhandenen überalterten ersetzen wird.

Für die Überprüfung und Untersuchung von Rohrkanälen bei Übernahmen und Gebrechen wurde ein Kanalfernaugensamt Kastenwagen bestellt. Die Führung der Kamera im Kanal erfolgt mittels Schlitten, der mit einer Seilwinde oder einem Hochdruckschlauch durch den Kanal gezogen wird, oder mittels eines selbstfahrenden Kamerawagens. Die Fernsehaufnahmen können auf einem im Fahrzeug befindlichen Monitor beobachtet werden und bei ersichtlichen Gebrechen mittels Photosigniereinrichtung einmetriert, also genau festgehalten werden. In die Überwachung der unbesetzten Pumpwerke wurde als letztes das Pumpwerk Lorenz Müller-Gasse einbezogen. Für den Fuhrpark wurden 6 weitere Funkgeräte eingebaut und für den Einsatzdienst 2 tragbare Funkgeräte angeschafft. Die größere Anzahl der Fahrzeugfunkgeräte erforderte auch eine Erweiterung der Selektivrufanlage in der Zentrale, die auf 38 Nebenstellen ausgebaut wurde. In 14, Hackinger Straße 3, in 22, Waldrebengasse 3, und 10, Windtenstraße 1, wurden Garagen errichtet.

1975 wurden auf 664 Kleinbaustellen Erhaltungsarbeiten durchgeführt und außerdem 871 Kanalgitter und -deckel repariert. Als Aushub ergaben sich aus Schotterfängen 3.978, aus Hauskanälen 1.358, aus Straßenkanälen 1.623 und in den Kläranlagen Blumental und Gelbe Heide 1.657 m³.

Die Industrieabwasserüberwachung in Wien wurde im Jahre 1975 durch den Einsatz des zweiten Laborwagens wesentlich verstärkt. Es wurden 1.488 Abwasserproben entnommen, wovon 423 Proben auf gesundheitsschädliche Lösungsmittel, 563 auf Mineralöle, 167 auf Schwermetalle und Cyanide und 335 Proben auf andere Schadstoffe überprüft wurden. Insgesamt wurden 256 Mahnschreiben verschickt beziehungsweise Strafanträge gestellt und Abänderungen von Betriebsanlagebescheiden veranlaßt. Aus gegebenem Anlaß wurde auch der zweite Laborwagen mit einem Dräger-Gasspürgerät ausgerüstet. Zur raschen Bestimmung von Schadstoffen aller Art wurde ein Spektralphotometer angeschafft.

An Arbeitsunfällen ereigneten sich 39 leichte und 4 schwere. 67 Führungen mit 5.136 Personen wurden durchgeführt.



U-Bahn-Zug auf der Probestrecke in Heiligenstadt

U-Bahn-Bau

Die im Bau befindliche U-Bahn-Station Keplerplatz in Favoriten ist schon zur Gänze mit Gleisanlagen ausgestattet





Bürgermeister Leopold Gratz, Amtsführender Stadtrat Peter Schieder (Umwelt und öffentliche Einrichtungen) und Polizeipräsident Karl Reidinger während einer Einsatzbesprechung des wegen Hochwassergefahr tagenden Katastrophenstabes

Umweltschutz

Die Feuerwehr der Stadt Wien und das Bundesheer im Hochwassereinsatz entlang der Schwechat bei Albern



Wasserwerke

Die besonders milde Witterung zu Beginn des Jahres 1975 erbrachte ein überdurchschnittlich gutes Wasserdargebot. Der Spätwinter zeichnete sich durch reichliche Schneefälle bis in den April hinein aus. Mit Einsetzen der Schneeschmelze wurde eine mehr als durchschnittliche Schüttung der Quellen festgestellt. Durch die überdurchschnittlich hohe Schneedecke hielt die gute Schüttung bis zum Frühsommer an. Gewitterreiche Wetterlagen mit ausgiebigen Niederschlägen bewahrten auch nach der Schneeschmelze das gute Wasserdargebot. Anhaltend starke Niederschläge zu Beginn des Monats Juli führten zu Katastrophenwässern in den Quellgebieten und hatten heftige Anstiege der Quellschüttungen mit zum Teil starken Trübungen, besonders aus der Fuchspaß- und Kaiserbrunnquelle, im Gefolge. Aus diesem Grunde mußte der Kaiserbrunnen an 3 Tagen abgeleitet und die oberen Quellen um 60.000 m³ reduziert werden. Auch die Quellen und Flüsse im Quellgebiet der II. Hochquellenleitung führten Hochwasser, hier waren jedoch keine Ausleitungen erforderlich. Erst Mitte August trat ein Rückgang im Wasserdargebot ein. Die eigenen Grundwasserwerke und die Fremdwassereinleitungen an der I. Hochquellenleitung lieferten insgesamt 9,40 Millionen Kubikmeter Trinkwasser. Diese geringe Wassermenge entsprach der überreichlichen Quellschüttung im niederschlagsreichen Frühjahr und Sommer. Die im Rahmen der Verbundwirtschaft an niederösterreichische Gemeinden abgegebene Wassermenge betrug demgegenüber 3,78 Millionen Kubikmeter. Der Gesamtwasserverbrauch sank gegenüber 1974 um 2,66 Millionen Kubikmeter oder 1,47 Prozent.

Im Jahre 1975 erhielt Wien insgesamt 181,57 Millionen Kubikmeter Wasser. Davon lieferten die beiden Hochquellenleitungen 73,8, die Grundwasserförderung 15,5 und die Oberflächenwasseraufbereitung 1,5 Prozent. 9,2 Prozent wurden durch Fremdwasserbezug aufgebracht. Von der bezogenen Wassermenge wurden 5,037.340 m³ an die auswärtigen Abnehmer und Verbundgemeinden, 334.780 m³ an den Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden und 172.538.220 m³ an das Wiener Rohrnetz abgegeben. 3.660.220 m³ gingen durch Überfälle und Ableitungen verloren.

Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 472.707 m³ Wasser. Das Tagesmaximum wurde am 21. Mai mit 575.810 m³ erreicht, das Tagesminimum am 3. März gemessen; es betrug 359.340 m³. Zur Entkeimung der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden 40.338 kg Chlorgas und 41.910 kg Natriumchlorit verwendet. Der äquivalente Chlorverbrauch betrug daher 58.389 kg, was dem durchschnittlichen Zusatz vom Vorjahr von 0,34 mg Chlor pro Liter Wasser entsprach.

Von den Wasserleitungskraftwerken in Wien und an den beiden Außenstrecken wurden 49.822.257 kWh an elektrischer Energie geliefert. Davon erzeugten die Werke in Wildalpen 11.026.219 kWh. Von den übrigen Einzelwerken lieferten Gaming 37.794.916, Hirschwang 727.920, Naßwald 179.544, Kaiserbrunn 58.370 und Hinternaßwald 35.288 kWh.

In bezug auf Neubauten und Bauvorhaben wurden die Erd- und Baumeisterarbeiten für die III. Wiener Wasserleitung an den beiden je 80.000 m³ fassenden Behälterkammern des Behälters und Hebewerkes Unter-Laa nahezu fertiggestellt und an den Behälterkammern und am Betriebsgebäude Moosbrunn abgeschlossen. Bei den Brunnegebäuden Moosbrunn I und II wurden die Fundierungsarbeiten durchgeführt, ferner mit den Ausbauarbeiten begonnen sowie die Meßstrecke fertiggestellt. In Moosbrunn II wurde der Rohbau beendet. Für die Zuleitungen von den Brunnen zum Behälter Moosbrunn erfolgte der Abschluß der restlichen Servitutsverträge. Im Zusammenhang mit dem Straßenbau der Niederösterreichischen Landesregierung wurde der Bau von Schutzkanälen für die künftige Rohrleitung im Bereich Querung B 11 in Unterlanzendorf und B 15 in Himberg durchgeführt. Von den rund 10 km Betriebsstraßen im Schutzgebiet wurde ein Großteil fertiggestellt und der Bau der Straßenbrücke über die Piesting vollendet. Für die Absiedlung der Geflügelauzuchthallen Landesmann wurden ein Absiedlungsprojekt und ein Sanierungsprojekt ausgearbeitet. Zur Durchführung der im Wasserrechtsbescheid vorgeschriebenen hydrologischen Beweissicherung wurden Hochwasserschäden in den Abflußprofilen beseitigt und eine Hochwasserabflußmeßeinrichtung angeschafft. Nach Abschluß der ersten Untersuchungsstufe der Grundwasseranreicherung wurden die weiteren Phasen projektiert. Der Aufstauversuch an der Piesting mußte wegen Hochwasserführung dieses Flusses verschoben werden. In Moosbrunn I und II erfolgten der Freileitungsumbau der 20-kV-Anspeisung, in Hinternaßwald die Planung und der Bau einer kV-Entkeimungsanlage.

Für die Projekte Donauinsel Nord und Süd wurde der Prognosenbericht einer Planungsgemeinschaft abgeschlossen und ein Projekt zur Klärung der Frage eines Wasserschongebietes gemäß § 35 des Wasserrechtsschutzgesetzes ausgearbeitet. Weiters wurden die Projektierungsarbeiten für die Wassererfassungsanlagen und die Sanierung des Neumühler Hagels begonnen. Die laufenden Grundwasser-

beobachtungen, die Ergänzung des Sondennetzes mit geologischen Aufschlüssen und die Geländeaufschließungen in der Lobau dienen ebenfalls der Grundwasseranreicherung im Rahmen der Maßnahmen für zusätzliche Wassergewinnung.

In Auswertung eines im Vorjahr durchgeführten Pumpversuches im Grundwasserwerk Nußdorf wurde ein Sanierungsprojekt für die Wasserfassungsanlage erstellt und ein elektronisches Analogmodell zur Simulierung der Grundwasserströmungsverhältnisse aufgebaut. Nach Fertigstellung der Bauarbeiten an den Hochbauten der Brunnen Schüttelau I und II in den Grundwasserwerken der Lobau wurden Arbeiten an den Zufahrtsstraßen und an den Donauböschungen vorgenommen, ein Probepumpbetrieb wurde durchgeführt. Im Bereich des Brunnens „Alter Kreuzgrund“ erfolgten eingehende Untersuchungen zur Feststellung des Verursachers der dortigen Grundwasserverseuchung. Eine provisorische Ableitung des verseuchten Wassers wurde vom Brunnen zur Donau errichtet.

Transportrohrstränge des Behälters Laaer Berg wurden verlegt, im Hebewerk alle Druckzonen probegepumpt. Die Abbrucharbeiten am alten Behälter wurden abgeschlossen. Für den Neubau der Kammer III wurde die Sohle fertiggestellt, Wände und Säulen konnten zu einem Drittel fertigbetoniert werden. Das Bauvorhaben Transportrohrstrang Laxenburger Straße ist fertiggestellt, es wurden 2.690 m Rohrstränge verlegt. Nach abgeschlossener Planung wurde mit den Bauarbeiten an der Ringleitung Süd und dem Transportrohrstrang vom Hebewerk Unter-Laa zum Hebewerk Laaer Berg für den Abschnitt Unter-Laa bis Weichselal begonnen.

Auf Grund des Bescheides der Obersten Wasserrechtsbehörde beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vom 24. Juni 1974, Zl. 507/714-5467/74, wurden im Rahmen eines mehrjährigen Probetriebes bis zu 400 Liter pro Sekunde aus dem Schneeanpenmassiv und den Sieben Quellen in die I. Hochquellenleitung eingeleitet. Die dadurch fällig gewordenen Entschädigungen für die Wasserkraftwerke an der Mürz und Mur wurden im Sinne des Wiener Bewilligungsbescheides zum Teil durch einmalige Leistungen abgegolten. Bei einer Routineüberprüfung der 20-kV-Hochspannungsleitung wurde festgestellt, daß ein Isolationsfehler an dem im Schneeanpenstollen verlegten Kabel aufgetreten ist. Die Schadensstelle befindet sich bei Station 1,4 bis 1,5 Süd innerhalb der aufgestauten Mittelsektion. Die Ursache der Beschädigung ist auf eine Verdrückung der Stollenröhre in diesem Bereich durch Gebirgsdruck und Quellenerscheinungen im dort anstehenden Anhydrit zurückzuführen. Da in diesem Bereich Gefahr für die Standsicherheit der Stollenröhre besteht, konnte der Stollen bis zur Fertigstellung der erforderlichen Reparaturarbeiten nicht mehr gefüllt werden, doch wird davon die Nutzung aus dem Schneeanpenmassiv voraussichtlich nicht beschränkt. Durch die seit September 1974 erfolgte Einleitung der Sieben Quellen in die I. Hochquellenleitung wurden die Entschädigungsleistungen gegenüber den Wasserberechtigten an Mürz und Mur fällig. Bei den indexgebundenen Entschädigungssummen ist seit 1965 eine Erhöhung um mehr als 56 Prozent der Nettobeträge eingetreten. Außerdem forderten die Wasserberechtigten Steuerrückersätze von der Gewerbe-, Körperschafts- und Mehrwertsteuer, wodurch sich die Entschädigungsbeträge weiterhin von 17 auf 39 Millionen Schilling erhöhten. Wegen Verzögerungen konnten auch die Schaltzentrale und das Kraftwerk in Hinternaßwald noch nicht in Angriff genommen werden. Es stiegen daher die zur Fertigstellung des Kraftwerkes erforderlichen Kosten auf Grund der seit der Planung erfolgten Kostensteigerung um 14 Millionen Schilling. Das alles zusammen machte eine Erhöhung des bestehenden Sachkredites von 268 auf 308 Millionen Schilling erforderlich; ein entsprechender Antrag wurde vom Gemeinderat genehmigt.

Beim Wasserleitungsbau Pfannbauernquelle konnten das Detailprojekt für die Fassungsanlagen, die Pumpstation und die 22 km lange Fernleitung zum Schneeanpenstollen fertiggestellt und bei der Obersten Wasserrechtsbehörde beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft am 30. Mai 1975 eingereicht werden. Im Grundwasserwerk Nußdorf wurden eine elektrische Anlage und Pumpen für das Fischwarntestbecken neu installiert, in Schüttelau I und II beide Brunnenpumpwerke für den Pumpversuch und die Trafoanlagen I und II in Betrieb genommen. Die Erweiterung der Betriebs-tankstelle 6, Grabnergasse 9, wurde mit dem Einbau eines 80.000 Liter fassenden Treibstoffbehälters abgeschlossen. Dadurch konnte die im Bereich der Wasserwerke erforderliche Bevorratung mit dem Ziel erreicht werden, in Krisenzeiten die Trinkwasserversorgung durch den ständigen Einsatz der betriebseigenen Fahrzeuge aufrechtzuerhalten.

Von den Erhaltungsarbeiten sind vor allem die Gesamtabkehren an den Hochquellenleitungen — 4 an der I. und 2 an der II. — anzuführen. Neben den laufenden Instandhaltungen wurden auch die Arbeiten für die Leistungssteigerung der Leitungskanäle fortgesetzt. Im Monat September konnten bei wesentlicher Beitragsleistung durch die Stadt Wien die begonnenen Sanierungsarbeiten der Wildbach- und Lawinenverbauung des Landes Steiermark an der der Stadt Wien gehörigen Prescenyklause fertiggestellt werden. Die Sanierungsarbeiten am Holzäpfeltaquädukt wurden nach Fertigstellung der Kunstharzauskleidung und Auswechslung der schadhaften Quadersteine

auf die halbe Länge des Aquäduktes fortgesetzt. Auch die Arbeiten zur Sicherung der II. Hochquellenleitung gegen Hangrutschungen wurden erfolgreich weitergeführt. Die Sanierungen im Areal des Grundwasserwerkes Wöllersdorf wurden mit Aufforstungs- und Humusierungsarbeiten weiter vorangetrieben. Die großen Wasserverluste des Behälters Lainz konnten durch die Abdichtung der Wand-Dauerdehnungen in der Kammer A um 50 Prozent herabgesetzt werden. In einigen Behältern und Hebewerken wurden die elektrischen Installationen und Beheizungen erneuert und überholt.

Beim Bau der Ringleitung Süd wurden die Arbeiten am Rohrnetz im Abschnitt Unter-Laa bis Weichseltal fortgesetzt. Bei der Ringleitung Ost, Abschnitt C, erfolgte die Rohrlegung entlang der Nordostautobahn zwischen Wehlistraße und Leberstraße und in der Leberstraße selbst. Für den Ausbau des städtischen Rohrnetzes und zur Versorgung neuer Wohnhausbauten wurden 13.136 m neue Rohrstränge verlegt; insgesamt erfolgten Neurohrlegungen im Ausmaß von 17.332 m. Weiters wurden 25.424 m überalterte und schadhafte Rohrstränge ausgewechselt. Am öffentlichen Rohrnetz konnten 738 Schadensstellen behoben werden. Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren 2.026 Einsätze erforderlich, wobei von den drei Einsatzfahrzeugen 32.206 km zurückgelegt wurden. Dabei war lediglich ein Unfall mit Sachschaden am Fahrzeug zu verzeichnen.

Bis Jahresende 1975 wurden 608 neue Haus- und Grundstücksanschlüsse an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossen und dabei 15.230 m Rohre verlegt. Für diese Anschlüsse war der Einbau von 637 Wasserzählern erforderlich. An Abzweigungen traten bis Jahresende 3.775 Gebrechen auf, die alle behoben wurden. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 19.844 Wasserzähler ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte 23.311 Wasserzähler repariert. 2.075 Wasserabnehmer wurden überprüft und dabei 507 Gebrechen festgestellt. Durch deren Behebung konnte eine Wassermenge von 9.326 m³ pro Tag eingespart werden.

Auf rechtlichem Gebiet hat der Wiener Landtag am 21. November 1975 eine neuerliche Novellierung des Wasserversorgungsgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 10/1960, beschlossen. Das Landesgesetz, welches im Gesetzblatt Nr. 5/1976 verlautbart wurde, sieht den Wegfall des § 21 — Herabsetzung bei Rohrgebrechen — sowie eine Änderung des § 15 über die Obsorgepflicht vor. Die Wassergebührenordnung 1976 wurde mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 21. November 1975, Pr.Z. 3567, festgelegt. Sie sieht einen einheitlichen Wasserpreis von 5 Schilling pro Kubikmeter vor. Sämtliche bisherigen Ermäßigungen traten damit außer Kraft. Die Wasserzählergebühr blieb unverändert. Im Zusammenhang mit der in Wien erfolgten Änderung mußten rund 180 Verträge, die Wasserabgabe außerhalb Wiens betreffend, abgeändert werden. Die mit Entschließung des Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe VI vom 10. August 1972 genehmigten Pauschalwassergebühren für Abgabe von Wasser aus Feuerhydranten zu Bauzwecken wurden einer Anpassung an die gehandhabte Praxis unterzogen. Für das Wasserleitungsprojekt Donauinsel Nord beziehungsweise Donauinsel Süd wurde mit der Ausarbeitung eines Entwurfes einer Schongebietsverordnung im Sinne des § 35 Wasserrechtsgesetz 1959 zur Sicherung des künftigen Trink- und Nutzwasserbedarfes begonnen.

Zur Weiterführung der Ringleitung Süd, und zwar des Abschnittes III B vom Behälter Unter-Laa bis Weichseltal, wurden das wasserrechtliche und das eisenbahnbehördliche Bewilligungsverfahren sowie etwa 20 Servituts- und Gestattungsverträge abgeschlossen. Nach Abschluß der Arbeiten im Grundwasserwerk Untere Lobau wurde das Projekt nach Abstimmung aller in den bisherigen Verfahren ergangenen Bescheide, Anordnungen und Verfügungen zur Schlußkollaudierung bei der Obersten Wasserrechtsbehörde eingereicht. Der fertiggestellte Horizontalfilterbrunnen Markethäufel wurde der wasserrechtlichen Überprüfung unterzogen. Im Bereich der Ringleitung Ost wurden die erforderlichen Bewilligungen nach dem Wasserrechts-, Forstrechts- und Bundesstraßen- und Naturschutzgesetz beantragt. Das straßenbehördliche und naturschutzbehördliche Verfahren konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Die für den Betrieb der neu errichteten Abwasserbeseitigungsanlage Wöllersdorf der I. Hochquellenleitung erforderlichen behördlichen Bewilligungen wurden beantragt und zum Teil noch 1975 bewilligt. Die Abänderung des im Jahre 1967 genehmigten Wasserleitungskraftwerkes Hinternaßwald wurde wasserrechtlich wie auch elektrizitätsrechtlich genehmigt. An mit der Einleitung der Sieben Quellen fälligen Entschädigungszahlungen an Wasserberechtigte wurden bisher insgesamt 10.997.741 S zur Anweisung gebracht. Neben der Einleitung aller erforderlichen behördlichen Verfahren für das Wasserleitungsprojekt Pfannbauernquelle wurden rund 120 Servituts-, Dienstbarkeitsbestellungs- und Grundbenützungverträge vorbereitet. Am 11. Dezember 1975 konnte das naturschutzbehördliche Verfahren erfolgreich abgewickelt werden. Ein seit Jahren anhängiges Problem konnte 1975 einer befriedigenden Lösung zugeführt werden: Bei einer Aufteilung der Sanierungskosten für die Prescenyklause zwischen Bund und den Ländern Steiermark und Wien wurde ein für die Stadt Wien äußerst günstiges Ergebnis erzielt.

In bezug auf Erwerb und Ausgestaltung der Brunnenschutzgebiete des Projekts III. Wiener Wasserleitung wurde am 6. Februar 1975 wasserrechtlich verhandelt und das Ergebnis mit Bescheid vom 4. März 1975 von der Obersten Wasserrechtsbehörde genehmigt. Ausgenommen hievon waren die Grundflächen der Landwirtschafts-AG Vaduz, für welche ein gesondertes Detailprojekt erarbeitet werden muß. Die außerdem erforderlichen baubehördlichen, forstrechtlichen und straßenrechtlichen Verfahren wurden eingeleitet und zum Teil noch 1975 erfolgreich abgeschlossen. Über die im Jahre 1974 zugunsten des Projekts Moosbrunn gegen 27 Grundeigentümer beantragte Enteignung wurde am 17. Februar die Verhandlung abgeführt, die jedoch eine Einigung und Zurückziehung der Enteignungsanträge brachte. Für die projektierte Ableitungstrasse Moosbrunn — Unter-Laa mußte in 9 Fällen auf Grund des wasserrechtlichen Bewilligungsbescheides eine Enteignung beantragt werden, da eine gütliche Übereinkunft mit den Grundeigentümern nicht erzielt werden konnte.

Im Jahre 1975 wurden für den Ankauf der Schutzgebiete MI und M II Grundtransaktionen im Ausmaß von 169.000 m² sowie in Wildalpen von etwa 70.000 m² erfolgreich abgeschlossen. Die mit Wirkung 1. Februar 1974 sowie 1. Mai 1975 erforderlichen Strompreisregulierungen für die Abgabe von elektrischer Energie aus den Wasserleitungskraftwerken wurden 1975 durchgeführt und der 1. Nachtrag zum Übereinkommen mit der Stadtgemeinde Mariazell (die Lieferung von elektrischer Überschussenergie aus den Wasserleitungskraftwerken in Wildalpen zum Zwecke der Errichtung eines Wasserleitungskraftwerkes in Weichselboden bei Vorfinanzierung durch die Stadtgemeinde) abgeschlossen. Die für den Ausbau der Kraftwerksanlagen erforderlichen behördlichen Bewilligungen wurden eingeholt.

1975 kam es zu 29 Wasserrohrgebrechen in Wien, bei denen Schadenersatzforderungen gestellt wurden. Bislang wurden für die seit Jahren laufenden Schadensfälle Beträge von insgesamt rund 466.000 S zur Auszahlung gebracht. 390 Schadensakte in Zusammenhang mit Beschädigungen von Wasserleitungsanlagen konnten abgeschlossen werden. Die hereingebrachten Beträge beliefen sich auf etwa 1,940.000 S. Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Grundbesitzes sowie der Sicherung des Bestandes und Betriebes aller Wasserleitungsanlagen mußten rund 100 Bestands-, Gestattungs- und sonstige Verträge verfaßt und abgeschlossen werden.

Beim Bundesministerium für Bauten und Technik wurden zur Förderung aus Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds Darlehenszusicherungen für das Projekt „Behälter und Hebewerk Laaer Berg BA I und BA II“ im Ausmaß von 26,255.000 S erwirkt und Zuzahlungsanträge für die Projekte „Ringleitung Süd“, „Schüttelau I und II“ und „Trabrennvereinsgründe“ im Gesamtbetrag von 17,691.185 S gestellt. Die Endabrechnung für Behälter und Hebewerk Laaer Berg BA I betrug 57,857.000 S.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Zum erstenmal seit dem Bestehen der Versuchsanstalt überschritt im Jahre 1975 die Anzahl der durchgeführten Messungen, Versuche, Begutachtungen und Überprüfungen 10.000, wobei die Einnahmen bei 10,2 Millionen Schilling lagen. Gegenüber dem Vorjahr stellt dies eine Einnahmesteigerung von etwa 25 Prozent dar.

Diese Vermehrung der Arbeit hat verschiedene Ursachen: Grundsätzlich nimmt die Notwendigkeit, immer mehr und öfter zu untersuchen und zu prüfen, weiterzuentwickeln und zu experimentieren, noch immer zu. Die Versuchs- und Forschungsanstalt versucht überdies, nicht nur dem Stand der Wissenschaft zu entsprechen, das heißt mit der Entwicklung in der Materialprüfung, Chemie, Physik usw. mitzugehen, sondern auch eine zügige Ausfertigung der Untersuchungen durchzuführen. Der Erfolg zeigt sich in der Zunahme von Versuchen. Durch eine ständige Steigerung des Schwierigkeitsgrades von Bauwerken, Konstruktionen, Verbundbaustoffen und ähnlichem nehmen die Überprüfungen und Kontrollen außerdem noch ständig zu. Schließlich steigt auch das Umweltbewußtsein in der Bevölkerung in beträchtlichem Ausmaß. Dieser erfreuliche Umstand schlägt sich in einer Zunahme der Einsätze und Messungen bei Lärmbeschwerden, Belästigungen durch verunreinigte Luft sowie bei Abwasser- und Abfallproblemen nieder. Die Versuchsanstalt war im Jahre 1975 auch bei der Klärung jedes größeren Bauschadens beteiligt.

Unter den Arbeiten, die von besonderem öffentlichen Interesse waren, seien erwähnt:

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes wurden im Jahre 1975 mehr als 550 Lärmbeschwerden an die Versuchs- und Forschungsanstalt herangetragen. Nach meist mehrmaligen Messungen und der Vornahme verschiedener Maßnahmen konnte, bei schwierigeren Fällen manchmal erst nach Monaten, fast ohne Ausnahme die Belästigung beseitigt werden, wodurch erreicht wurde, daß vielen Anrainern wieder die nötige Ruhe, im besonderen Nachtruhe, gegeben werden konnte. Die Behandlung der Beschwerden über Luftverunreinigungen erforderte schwierige Verhandlungen mit den verursachenden

Firmen über die Maßnahmen zur Behebung dieser Belästigung. Grundsätzliche Arbeiten waren auch für die Reinhaltung von Gewässern zu leisten.

Unter den Arbeiten, die die Sicherheit im Bauwesen betreffen, ist die Grundlagenforschung auf dem Gebiete des Brandschutzes zu erwähnen. Hiefür wurden Brandversuche mit Fensterglas und Spannteppichen, vor allem in bezug auf Hochhäuser, zur Beurteilung durchgeführt.

Bei allen größeren Bauvorhaben wurde die Versuchs- und Forschungsanstalt meist schon im Planungszustand zur Beratung bezüglich Schall- und Wärmeschutz, Dichtheitsproblemen, betontechnologischer Überlegungen und Baustoffauswahl herangezogen. Bei Großobjekten wurden die Belastungen der Anrainer hinsichtlich Lärm- und Luftbelästigung durch großflächige Überlegungen und Messungen im weitesten Sinne (Schall, Luft, Klima) beurteilt und entsprechend dieser Beurteilung die nötigen schallschluckenden Maßnahmen sowie verkehrstechnischen und abgasmäßigen Vorkehrungen im Verein mit der Baupolizei bei der Bauverhandlung vorgeschrieben.

Bei der Behandlung von Bauschäden konnten in Zusammenarbeit mit Bauausführenden, Lieferfirmen und anderen Experten in allen Fällen einwandfreie Lösungen erzielt werden. Der hierzu notwendige Einsatz war dabei unabhängig von der Tageszeit, aber auch teilweise ohne Rücksicht auf die eigene persönliche Sicherheit der Bediensteten zu leisten, um menschliche und größere wirtschaftliche Schäden zu vermeiden.

Zahlreiche Entwicklungsarbeiten wurden gemeinsam mit österreichischen Firmen ausgeführt. Durch diese Arbeiten wurden Aufträge für die Firmen realisierbar und damit ein Beitrag zur Arbeitsplatz-erhaltung durch die Versuchsanstalt geleistet. Es fallen hierunter Arbeiten über mobile Zwischenwände, Spannbetonverankerungen, Fugenkitte, Fenster und Fassadenelemente, Gipsplatten, neue hydraulische Bindemittel, Groß-Fertigbauteile und Spritzbeton.

Die Kontrolle der Baustoffe, die bei Bauten der Stadt Wien verwendet werden, umfaßt unter anderem Festigkeitsüberprüfungen, Belastungsuntersuchungen und die Bestimmung chemischer und physikalischer Eigenschaften. Sie dient der Baupolizei zur Beurteilung der Standfähigkeit und Dauerhaftigkeit eines Bauwerkes, aber ebenso der günstigen wirtschaftlichen Erstellung dieser öffentlichen Bauten, also der entsprechenden Verwendung der öffentlichen Mittel.

Im Jahre 1975 erfolgte die Übersiedlung der Leitung, der Kanzlei und des mechanischen Labors der Versuchs- und Forschungsanstalt in das neue Laborgebäude 11, Rinnböckstraße 15. Die Einrichtung der Laborräume wurde zum Teil auf Grund eigener Planung hergestellt. Etliche neue Meßgeräte, im besonderen auf dem Gebiete der physikalischen Chemie, konnten angeschafft werden.

Städtische Gartenanlagen

Auch im Jahre 1975 wirkte das Stadtgartenamt im Rahmen des Wiener Baumschutzgesetzes bei der Beurteilung des Baumbestandes und bei der Vorschreibung der Ersatzleistung maßgeblich mit. Eine größere Anzahl neuer **G a r t e n a n l a g e n** wurde hergestellt; einige bestehende Parkanlagen wurden umgestaltet oder instandgesetzt, weiters 320 Alleebäume in den Straßen und auf Wiener Plätzen gepflanzt.

So wurde im 1. Bezirk die Instandsetzung oder Verbesserung der Grünstreifen im Bereiche der Ringstraße zwischen Kärntner Straße und Weiskirchnerstraße fortgesetzt, ebenso die Instandsetzung des Abschlußbauwerkes bei der Wieneinwölbung im Stadtpark. In der Irisgasse wurden in Verbindung mit der neuen Fußgeherzone 4 Bäume neu gepflanzt. Im 2. Bezirk wurden im Prater beim Konstantinhügel weitere Wege- und Platzflächen staubfrei gemacht und der Teich gesäubert, der Vorplatz beim neu erbauten Hallenstadion gärtnerisch ausgestaltet und beim Volkertmarkt ein Grünstreifen neu angelegt und eine Baumpflanzung vorgenommen.

Die gärtnerische Ausgestaltung der Uferböschungen am Donaukanal zwischen Rotunden- und Stadionbrücke im 3. Bezirk wurde beendet, ebenso nach Abschluß der Straßenbauarbeiten in der Baumgasse und am Rundweg die Errichtung einer öffentlichen Grünfläche gegenüber dem Pensionistenheim. Die Herstellung einer automatischen Beregnungsanlage im Schweizergarten wurde fortgesetzt. Auf dem frei gewordenen Grundstück in 5, Nikolsdorfer Gasse, wurde eine neue Gartenanlage mit Ballspielplatz und Ruhebänken errichtet. Die bestehende Gartenanlage am Zentaplatz wurde generalüberholt und verbessert. Im Bereiche des Esterházyarkes im 6. Bezirk wurden die Wege- und Platzflächen verbessert und neue Spielgeräte aufgestellt. In der Parkanlage 8, Hamerlingplatz, wurde ein Babygarten eingebaut und im September 1975 der Benützung übergeben. Am Jodok Fink-Platz wurden im Zuge der Ausgestaltung der Fußgeherzone einige Bäume gepflanzt. In 9, Salzergasse, wurde eine neue Baumpflanzung errichtet und im Arne Karlsson-Park ein Kleinkinderspielplatz neu angelegt.

Die Arbeiten zur provisorischen Begrünung der Planierungsflächen Löwygrube im 10. Bezirk wurden begonnen und weitgehend abgeschlossen. Die gärtnerische Ausgestaltung der ehemaligen Autobahnzufahrt nördlich der Per Albin Hansson-Siedlung wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau durchgeführt und ein Kinderspielgelände geschaffen. In der Mautner-Markhof-Gasse, Ecke Rappachgasse im 11. Bezirk, wurde mit der Erstellung einer neuen Gartenanlage neben den neu errichteten Wohnhausbauten begonnen. Im 12. Bezirk wurde die Herstellung von Grünstreifen neben der neu ausgebauten Atzgersdorfer Straße und die Pflanzung von Bäumen und Sträuchern beschlossen. Im Bereich des Flohbergtunnels wurde die gärtnerische Ausgestaltung fortgesetzt. In der Rauchgasse wurde auf einem Freigelände eine kleine Parkanlage mit Sitzplätzen und eine Spielmöglichkeit für Kleinkinder errichtet. Auf einer Freifläche zwischen Wilhelmstraße und Zeleborgasse wurde ein provisorischer Kinderspielplatz errichtet, ebenso auf dem Grundstück Marx-Meidlinger Straße und Wolfganggasse. Im Zuge des Ausbaues der Fasangartengasse wurden im 13. Bezirk von der Lainzer Straße bis zur Stranzenberggasse die gärtnerische Ausgestaltung und die Pflanzung von Bäumen und Sträuchern durchgeführt. In der Wlassakstraße wurden nach Abschluß der Straßenbauarbeiten ein Grünstreifen neu angelegt und am Roten Berg eine neue Fußgänger Verbindung von der Veitingergasse zur Josef Gangl-Gasse hergestellt sowie Tische und Bänke aufgestellt. Am Küniglberg wurde in der Nähe des Kinderspielplatzes ein Trinkbrunnen errichtet. Vor dem Haupteingang zum ORF-Gebäude wurden in der Dworskygasse neue Grünflächen angelegt, ebenso im Gebiet Dommayergasse und Hietzinger Hauptstraße.

Im Bereiche des neu erbauten Pensionistenheimes in 15, Ibsenstraße, wurden Grünflächen neu hergestellt. Im 17. Bezirk wurde die bestehende Gartenanlage Ecke Dornbacher Straße und Alszeile erweitert und ein Schachspielplatz errichtet und am Grünbeckweg eine Strauchpflanzung angelegt. Der Grünstreifen Hernalser Hauptstraße wurde instandgesetzt. Der 18. Bezirk erhielt Kleinkinderspielplätze im Türkenschanzpark und im Währinger Park; der Wasserturm im Baumannpark wurde gesamtrenoviert. Im 19. Bezirk wurden die Arbeiten zur Herstellung eines Großerholungsraumes Hohe Warte fortgesetzt und die Böschungflächen nach Absiedlung von Frühlandparzellen begrünt. Mit der Generalinstandsetzung der Grünstreifen in 20, Dresdner Straße, wurde begonnen. Im gesamten Bereich der Großfeldsiedlung im 21. Bezirk wurden neue Grünflächen neben Wohnhausbauten angelegt. Mit der Herstellung des Lärmschutzwalles in der Mitterhofergasse wurde begonnen; die Arbeiten konnten weitgehend abgeschlossen werden. Die Ausgestaltung der Uferflächen an der oberen und unteren Alten Donau wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau fortgesetzt. Hinter der städtischen Wohnhausanlage in der Ruthnergasse wurde eine Lärmschutzpflanzung angelegt und die gärtnerische Ausgestaltung der Uferflächen an der oberen Alten Donau fortgesetzt, ebenso die der unteren Alten Donau im 22. Bezirk. Bei der neu hergestellten Kleingartenanlage in der Lannesstraße wurden Grünflächen neu angelegt und Sträucherpflanzungen vorgenommen. Hinter dem Friedhof in 23, Siebenhirten, wurde eine bisher als Ablagerungsstätte verwendete Fläche gärtnerisch gestaltet. Im Draschepark in Inzersdorf wurden erste Sanierungsarbeiten an den bestehenden alten Bäumen durchgeführt.

In mehreren Parkanlagen, wie dem Esterházypark, dem Stadtpark, Kongreßpark, Pötzleinsdorfer Schloßpark und Hügelpark, wurden die Weg- und Platzflächen, insgesamt 18.087 m², instandgesetzt und staubfrei gemacht. Die Spielplätze in einigen Parkanlagen konnten durch zusätzliche Aufstellung neuer Spielgeräte bereichert werden, so im Esterházypark, Waldmüllerpark, Währinger Park, Ebner-Eschenbach-Park, Schubertpark, im Park in 22, Beim Gänsebrunnen, 23, Rudolf Zeller-Gasse, und in der Großfeldsiedlung.

In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Wohnhausbau wurden bei den neuen Wohnbauten im Rahmen der Umlandsanierung provisorische Grünflächen, die speziell den Kindern zum Spielen zur Verfügung stehen, geschaffen, so in der Bernoullistraße, Schrebergasse, Autokaderstraße, Pastorstraße, Gumpowiczstraße, Pollakgasse, Gregorygasse, in Mühlbreiten, am Seeschlachtweg, in der Florian Hedorfer-Straße, Simmeringer Hauptstraße, Pirquetgasse und Prinzgasse. Im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues der Stadt Wien werden ständig Grünflächen, die den Bewohnern sozusagen als erweiterter Wohnraum zur Verfügung stehen, neu angelegt; sie stellen eine wertvolle Ergänzung der öffentlichen Gartenanlagen dar.

Neben den gärtnerischen Arbeiten mußten viele Einfriedungen, Ballfanggitter und andere Park-einrichtungen, die im Laufe der Zeit durch unbekannte Täter beschädigt oder zerstört wurden, instandgesetzt oder erneuert werden. Für die Durchführung des Wettbewerbes „Wien im Blumenschmuck“ wurden der Österreichischen Gartenbaugesellschaft 130.000 S zur Verfügung gestellt und wertvolle Ehrenpreise vergeben. Die Organe des amtlichen Pflanzenschutzdienstes nahmen 15.578 Gartenkontrollen in den Kleinsiedler- und Privatgärten vor. 23 Vorträge und 43 Lichtbildervorträge

zur Schulung der Gartenbesitzer wurden abgehalten und 20 Tonfilmvorführungen veranstaltet. Bei den Pflanzenschutzkontrollen auf Grund der Pflanzeneinführungsverordnungen und bei den Qualitätskontrollen gemäß dem Qualitätsklassengesetz wurden 4.776 Sendungen in 2.334 Waggonen und 2.442 Lastkraftwagen überprüft.

Städtische Friedhöfe

Der Wiener Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 30. Mai 1975, Pr.Z. 1428, entsprechend dem Antrag der Magistratsabteilung für Friedhöfe, beschlossen, den Termin für die Sperre der 16 Wiener Friedhöfe Altmannsdorf, Erlaa, Gersthof, Hadersdorf, Heiligenstadt, Hetzendorf, Hirschstetten, Kaiser-Ebersdorf, Kalksburg, Lainz, Leopoldau, Meidling, Pötzleinsdorf, Siebenhirten, Stadlau und Stammersdorf Ort um 10 Jahre, das ist bis zum 31. Dezember 1985, zu verschieben. Gleichzeitig wurde die Frist für die Schmückung und Pflege der Grabstellen in diesen Friedhöfen bis zum 31. Dezember 1995 verlängert. Das bedeutet, daß entsprechend den vorausgegangenen Gemeinderatsbeschlüssen zwar neue Grabstellen nicht mehr vergeben werden können, daß aber Beilegungen in Gräbern mit bestehendem Benützungsrecht noch bis Jahresende 1985 zulässig sind.

Die Anzahl der im Jahre 1975 durchgeführten Beerdigungen war mit insgesamt 27.900 um 1.569 Fälle größer als 1974. Dabei wurden 23.126 Erd- und 4.774 Urnenbestattungen vorgenommen. Das Verhältnis Erd- und Urnenbestattungen liegt bei 82,9 zu 17,1 Prozent. Von der Gesamtbeerdigungszahl betrafen 21.641 Beilegungen, 2.477 Neubelegungen in heimgefallenen Gräbern, und 2.848 Neubelegungen in Erweiterungsflächen. Von den Urnenbestattungen entfielen 2.016 auf Beilegungen in Familiengräbern und 2.758 auf Bestattungen in Urnengräbern. Die Anzahl der Gesamteinäscherungen war mit 5.025 gegenüber 4.810 im Jahre 1974 zwar größer, doch war bei der Einäscherung von Leichen, die nicht in Wien beigesetzt wurden, ein leichter Rückgang ihres Anteils von 7,8 auf 7,3 Prozent zu verzeichnen. Weitere 678 Kremationen wurden für die steirische Landeshauptstadt Graz von der Feuerhalle des Stammersdorfer Zentralfriedhofes übernommen, da in Graz durch technische Gebrechen alle Kremationsöfen über mehrere Wochen hindurch ausgefallen waren. Die Beerdigungen in einfachen Gräbern stiegen von 814 im Jahre 1974 auf 934 an. Die Anzahl der Deckplattenbewilligungen hat gegenüber 1974 wieder zugenommen und betrug im Jahre 1975 5.066 Stück gegenüber 4.791 im Jahr 1974.

Auch im Jahre 1975 wurde besonderer Wert darauf gelegt, verwahrloste Friedhofsdauergrabstellen einzuziehen, um damit Erweiterungsflächen zu sparen und das allgemeine Friedhofsbild zu verbessern. Es wurden aus diesem Grund in den Friedhöfen Baumgarten, Grinzing, Hietzing, Inzersdorf, Liesing, Ober-St. Veit, Ottakring, Simmering und auf dem Zentralfriedhof insgesamt 582 Fälle bearbeitet, von denen 489 eingezogen werden konnten. Als Vorarbeiten für das Jahr 1976 wurden weitere 6 Friedhöfe begangen, wobei weitere 833 Grabstellen einer Weiterbearbeitung unterzogen wurden.

Die Instandhaltungsarbeiten an den Gebäuden und den technischen Einrichtungen wurden fortgeführt. Die Errichtung der neuen Aufbahrungshalle auf dem Südwestfriedhof wurde soweit abgeschlossen, daß im Frühjahr 1976 der Betrieb aufgenommen werden kann.

In den Eigenregiefriedhöfen wurden 4.876 Grabstein- und 3.378 Einfassungsfundamente hergestellt, wobei infolge schlechter Bodenverhältnisse 773 Betonpiloten geschlagen werden mußten. 5 Gräfte, 47 Grabkammern und 15 Urnengrabkammern wurden neu errichtet. 120 m Einfriedungsmauern wurden neu hergestellt, während 1.108 m bei sonstigen Einfriedungen instandgesetzt wurden. Weiters mußten 3.670 m² neue Straßen und 2.195 m² neue Wege auf Erweiterungsflächen hergestellt werden; 10.180 m² Straßen und 80.765 m² Wege wurden staubfrei gemacht oder instandgesetzt. Bei der Anlage von neuen Gräbergruppen wurden 2.070 m Kantsteineinfassungen verlegt und 25 neue Abfallbehälter aufgestellt. Von Heimfallgräbern mußten 2.915 Grabsteine abgetragen und deponiert werden. Die Abfuhr von Friedhofsmüll wurde in 3.100 Tagesfahrten bewerkstelligt. Auf gartentechnischem Gebiet wurden 257 Baumpflanzungen, die Anpflanzung von 1.130 m Hecken und 1.382 Ballenpflanzen und Ziersträuchern durchgeführt. Demgegenüber stehen die Rodungen von 63 Bäumen. Die erforderlichen Schnitarbeiten wurden an 915 Bäumen und 73.550 m Hecken vorgenommen. Ebenso wurden rund 2 Millionen m² Friedhofsfläche gemäht und die Frühjahrssäuberung auf 1,215.600 m² Grabfläche in Eigenregie durchgeführt. Die Pflege der Grünanlagen erstreckte sich auf 256.000 m², wobei zusätzlich 873 Heimfallgräber gerodet wurden.

Nachdem die Umbettungsaktion der Kriegergräber im Sommer abgeschlossen werden konnte, war es möglich, auch die Kriegsgräbergruppe 97 in Zusammenarbeit mit der deutschen Kriegsgräberfürsorge und dem Österreichischen Schwarzen Kreuz neu zu gestalten. Diese Kriegsgräbergruppe stellt für die

Gefallenen des zweiten Weltkrieges nunmehr eine würdige Ruhestätte dar. Neue Gräbergruppen wurden auch in den Friedhöfen Dornbach, Simmeringer Feuerhalle, Hütteldorf, Inzersdorf, Jedlese, Neustift und Südwest gestaltet und ausgebaut.

Die Gräber von verdienten Persönlichkeiten wurden als Ehrengräber gewidmet. Es waren dies am Wiener Zentralfriedhof für Max Lorenz, Kammeränger; Karl Lakowitsch, Kommerzialrat, ehemaliger Präsident der Wiener Handelskammer; Prof. Hans Fabigan, akademischer Maler und Graphiker; Dr. Walter Sturminger, Historiker; Anton Proksch, Bundesminister a. D.; Prof. Robert Stolz, Komponist; Prof. Fritz Wotruba, akademischer Bildhauer; Hans Swarowsky, Dirigent; Prof. Franz Salmhofer, Komponist; am Friedhof Hietzing für Prof. Stella Wang-Tindl, Pianistin; in der Simmeringer Feuerhalle für Irene Harandi, Schriftstellerin; ehrenhalber auf Friedhofsdauer wurden Gräber gewidmet am Zentralfriedhof für Prof. Anton Paulik, Dirigent; am Friedhof Neustift für Josef Lauscher, Gemeinderat.

Die Städtische Friedhofsgärtnerei konnte den Auftragsstand für Grabschmückungen etwa am gleichen Stand halten wie im Jahre 1974. Auf Grund der laufend wachsenden Kosten wurde vom Preisunterausschuß der Paritätischen Kommission der Erhöhung der Ausschmückungspreise um 8 Prozent zugestimmt, die mit Mitte des Jahres in Kraft trat. Neben den Grabschmückungen und der Herstellung von Kranzgebunden wurden etwa 2,75 Millionen Pflanzen aufgezogen. Dazu kam die gärtnerische Ausgestaltung von rund 1.600 Krieger- und Opfergräbern und die Schmückung und Pflege von 770 Ehrengräbern und 15 Ehrengrabanlagen.

Die Städtische Steinmetzwerkstätte konnte ihre Auftragslage gegenüber dem Jahre 1974 leicht verbessern und alle Aufträge in angemessener Frist zufriedenstellend erledigen.

Städtische Bäder

Im Jahre 1975 standen 23 Warmbäder (einschließlich Volksbäder), 4 Warm- und Sommerbäder, darunter 6 Schwimmhallen, ferner 11 Sommerbäder und 32 Kinderfreibäder in Betrieb. Im Schafbergbad wurde in der Saison 1975 das auf dem Utopiaweg erbaute Restaurant in Betrieb genommen.

Von den an Bädern vorgenommenen Bau- und Erhaltungsarbeiten können hier nur die größeren Umfanges angeführt werden. Das Ottakringer Bad, 16, Johann Staud-Straße, erhielt einen Parkplatz, im Volksbad, 3, Apostelgasse, 11, Geiselbergstraße, und 12, Ratschkygasse, begann der Einbau von Saunabädern an Stelle von Brausebädern, im Volksbad, 14, Hütteldorfer Straße, erfolgte die Erneuerung von Fassaden und Fenstern. Das Amalienbad, 10, Reumannplatz, wurde an das fertiggestellte Blockheizwerk „Amalienbad“ angeschlossen; die Erneuerung der Elektroinstallationen ging dort weiter. Weitere bauliche Sanierungsmaßnahmen wurden mit der Schaffung von Brauseräumen für die Schwimmhalle in Angriff genommen. Die Becken in der Schwimmhalle des Theresienbades, 12, Hufelandgasse, erhielten eine völlig erneuerte Wasseraufbereitungsanlage; die Errichtung eines Beckens im Freien wurde in die Wege geleitet. Im Jörgerbad, 17, Jörgerstraße, wurde die Generalinstandsetzung hauptsächlich mit Arbeiten zur Erneuerung des Damendampfbades mit Sauna fortgesetzt. Neben Instandsetzungsarbeiten an Gebäuden, Becken und Außenanlagen der Kinderfreibäder begann der Einbau eines neuen Beckens im Bad Augarten, das Bad im Türkenschanzpark erhielt eine neue Filteranlage. Unter den Maßnahmen in den Sommerbädern ist im Laaerbergbad, 10, Ludwig von Höhnel-Gasse, die Verbesserung der Beckenwasservorwärmanlage durch Umstellung der Kessel von Öl auf Erdgas zu erwähnen. Das Bad Baumgarten, 14, Hackinger Straße, erhielt eine Filteranlage, im Krapfenwaldbad, 19, Krapfenwaldgasse, und Liesinger Bad, 23, Perchtoldsdorfer Straße, wurden die Kinderbecken an Filteranlagen angeschlossen. Im Strandbad Gänsehäufel, 22, Moissiggasse, wie auch im Strandbad Alte Donau, 22, Arbeiterstrandbadstraße, und im Krapfenwaldbad erfolgten Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten für den Beckenzubau samt Filter- und Vorwärmanlage.

In betrieblicher Hinsicht führten die Besuchszeitverlängerungen des Jahres 1975, entsprechend der Nachfrage in den Schwimmhallen und den Saunabädern, die Vermehrung der Familien-Sauna-Badeabende und die Einführung von Schwimmzeiten, zunächst nur im Dianabad für einzelne Gruppen (Senioren, Frauen, Körperbehinderte), zu einem guten Ergebnis. Die Sonntagsperre der Volksbäder, deren Brause- und Wannenbäder stark fallende Frequenz aufweisen, fand Verständnis bei der Bevölkerung.

Ein erstmaliger Versuch zur „trockenen“ Verlängerung der Besuchszeit eines Sommerbades erfolgte im Schafbergbad. Dort wurde nach dem allgemeinen Saisonschluß eine Teilfläche als Erholungsbereich mit Kinderspielgeräten (in Hinkunft auch mit Miniaturgolfanlage) frei zugänglich gemacht. Die seit langem fallende Tendenz des Besuches der Reinigungsbäder brachte im Jahre 1975 bei den Brausebädern eine Abnahme der Besucherzahl von fast 11 Prozent, bei den Wannenbädern eine

solche von fast 12,5 Prozent. Hingegen war ein starker Anstieg der Besucher in den Dampf- und Saunabädern um 7,5 Prozent und in den Schwimmhallen um 8 Prozent zu verzeichnen.

Trotz des eher ungünstigen Sommerwetters (schlechte Wetterlage zu den Wochenenden) lag die Frequenz beachtlich hoch. Gegenüber dem Vorjahr lag der Besuch im Jahre 1975 in den Sommerbädern um 11 Prozent, in den Kinderfreibädern gar um 29 Prozent höher. Die erfreuliche Entwicklung bei den Heißluft- und Schwimmbädern sowie der gute Besuch in den Sommerbädern führte im Jahre 1975 zu einer Gesamtfrequenz von 5,960.622 Besuchern, die um 4,5 Prozent höher liegt als jene im Jahre 1974. Auf die Brausebäder entfielen im Jahre 1975 1,218.683, auf die Wannenbäder 132.306, auf die Dampf- und Saunabäder 738.700, auf die Schwimmhallen 1,598.886, auf die Medizinalabteilung des Amalienbades 97.361, auf die Sonnenbäder 9.398, auf die Sommerbäder 1,714.217 und auf die Kinderfreibäder 451.071 Besucher.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich der jugoslawischen Gastarbeiter (ohne Personenkraftwagenbetrieb) betrug am 31. Dezember 1975 2.625. Um den Arbeitsanfall bewältigen zu können, war es weiterhin notwendig, Gastarbeiter einzusetzen. Zum Jahresende waren insgesamt 377 Gastarbeiter, davon 176 als Saisonbedienstete, beschäftigt.

An rechtlichen Angelegenheiten waren in der Hauptsache die Vertretung der Stadt Wien in versicherungsrechtlichen Belangen sowie die Entfernung unzulässig abgestellter Fahrzeuge wahrzunehmen.

Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung waren im Jahre 1975 an 959 Schadensfällen beteiligt. An Schadenersatzforderungen wurden von den Haltern der gegnerischen Fahrzeuge oder deren Haftpflichtversicherung 863.822 S hereingebracht. Für die Beschädigung an Betriebsmitteln (Müllgefäße, Sanddächer, Papierkörbe usw.) wurden 84.257 S eingefordert.

Im Jahre 1975 langten 17.480 Anzeigen über abzuschleppende Fahrzeuge, die ohne Kennzeichen (Wracks) abgestellt waren, ein. Da zahlreiche Fahrzeuge von verschiedenen Personen zur Anzeige gebracht wurden, ergaben sich daraus schließlich 14.551 Geschäftsfälle. Im gleichen Zeitraum wurden 5.656 Wracks abgeschleppt. Hievon konnten 2.417 Abschleppungen auf Grund von Verzichtserklärungen vorgenommen werden.

Der seit 2. Dezember 1974 eingerichtete Abschleppdienst zur Entfernung von verkehrsbehindernd abgestellten Kraftfahrzeugen gemäß § 89 a Absatz 2 der StVO (Parksünder) wurde im Jahre 1975 ausgebaut. Zu diesem Zweck waren 2 bis 3 Einsatzkommandowagen und bis zu 7 Kranwagen eingesetzt. Ferner wurde die der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark zur Verfügung stehende Liegenschaft in 10, Eibesbrunnergasse, zu einem Abstellplatz für Kraftfahrzeuge etabliert. Zu diesem Zweck wurden transportable Baucontainer aufgestellt, die als Büroräume für die mit der Übernahme und Ausfolgung der entfernten Kraftfahrzeuge betrauten Verwaltungs- und technischen Beamten eingerichtet wurden. Eine Abstellfläche von rund 3.000 m² wurde mit einer Bitumendecke versehen, eine Platzbeleuchtung installiert und der Abstellplatz eingefriedet. Mit der Bewachung des Platzes außerhalb der Dienststunden sowie an Sonn- und Feiertagen wurde ein Privatunternehmen beauftragt, das ein Wachorgan mit Wachhund einsetzt. Die Ausfolgung der verwahrten Fahrzeuge erfolgt von Montag bis Freitag in der Zeit von 7 Uhr 30 bis 19 Uhr und Samstag von 7 Uhr 30 bis 13 Uhr 30. Im Jahre 1975 wurden von dieser Einsatzgruppe bereits 7.275 Fahrzeuge kostenpflichtig entfernt.

Die Straßenpflege wird durch die weiterhin steigende Verkehrsdichte schwieriger und machte den maschinellen Einsatz von Straßenreinigungsgeräten äußerst problematisch; besonders der ruhende Verkehr zwang dazu, die Reinigung wieder mehr durch händische Arbeit zu besorgen. Die von der städtischen Straßenpflege zu betreuenden öffentlichen Verkehrsflächen einschließlich der Abstellplätze haben ein Gesamtausmaß von rund 19,500.000 m². Hiezu kommen noch rund 73.000 m Gehsteige (einschließlich Brückengehsteige, 250 Stiegenanlagen) sowie unverändert 29 Märkte mit einer Gesamtfläche von rund 453.000 m².

Die von der Straßenreinigung betreute Fußgängerzone Favoritenstraße wurde in Richtung Gürtel von der Gudrunstraße bis zur Landgutgasse erweitert.

Bei der händischen Reinigung waren im Mittel 840 Mann ständiges Personal und 260 Tagelöhner zweimal wöchentlich eingesetzt. Die maschinelle Reinigung wurde im Sommer von 20 Kehrmaschinen durchgeführt, von denen 4 Stück nachts abwechselnd auf 17 Planrouten, der Rest nach gegebenem Bedarf bei Tag eingesetzt waren. Außerdem wurden die Fahrbahnen durch 12 Waschmaschinen gewaschen, von denen 3 Stück in der Nacht abwechselnd auf 13 Planrouten und der Rest bei Tag eingesetzt waren. Vom 12. bis 24. Mai wurden die Stadtreinigungswochen abgehalten, in denen

zusätzlich zum ständigen Personal täglich 280 Tagelöhner aufgenommen wurden. Während dieser Zeit wurden rund 3.000 m³ Müll von wilden Ablagerungen abgeführt. Der Bereitschaftsdienst der Straßenpflege hatte im vergangenen Jahr insgesamt 19.866 Einsätze (Abschrankungen und Beleuchtungen) zu verzeichnen.

Für den Winterdienst 1974/75 waren 71 städtische Lkw mit Schneepflügen und Streugeräten sowie 105 Lkw von privaten Fuhrwerksunternehmen bereitgestellt, von denen 40 Geräte auf Räumstrecken der Dringlichkeitsstufe A und 41 Geräte auf Räumstrecken der Dringlichkeitsstufe B, der Rest für den örtlichen Bedarf eingesetzt wurden. Für die Glättebekämpfung wurden 7.000 t Streuriesel und 995 t Auftausalz aufgewendet. Zur rascheren Beladung der Streufahrzeuge wurden zwei neue Silos auf Lagerplätzen errichtet. Bedingt durch das außergewöhnlich milde Wetter mußte im Winter 1974/75 in Wien kein Schnee abgeführt werden; die gesamte gefallene Schneehöhe betrug nur 4 cm. Die bei der Straßenpflege eingesetzten städtischen Fahrzeuge wiesen 1975 eine Fahrleistung von insgesamt rund 3,088.000 km auf.

Die Müllabfuhr hatte im Jahre 1975 den gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent angestiegenen Müllanfall von rund 435.000 t zu bewältigen. Der eingesammelte Müll wurde zu 71 Prozent in den beiden Verbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau verbrannt; 5 Prozent wurden in der Biomüll-Anlage zu Kompost verarbeitet und der Rest von 24 Prozent auf den Ableerplätzen geordnet abgelagert.

Durch zeitweilige Engpässe bei den Müllgefäßen bedingt, mußte auch 1975 wieder, allerdings in geringerem Maße als früher, Müll vereinzelt in offenen Lastkraftwagen auf nicht staubfreie Art abgeführt werden. Im Zuge der laufenden Bemühungen zur Betriebsrationalisierung gelang es durch den weiteren Übergang auf Großgefäße mit 1.100 l, 770 l und 220 l Inhalt, trotz der weiteren Zunahme des Müllanfalles 18 Mann an Beladepersonal einzusparen. Die Zahl der täglich eingesetzten Müllwagen hat sich hierbei von 163 auf 164 erhöht. Im Interesse eines verstärkten Umweltschutzes wurde auch die Gewerbemüllabfuhr mit Großcontainern weiter forciert.

Die fluktuierende Bewegung beim Ladepersonal, von dem zu Jahresende zur vollen Besetzung aller Strecken 563 Mann erforderlich waren, konnte im Jahre 1975 erstmalig durch die Aufnahme von Saisonarbeitern ausgeglichen werden.

Ende 1975 standen 199 Müllwagen zur Verfügung; 24 Stück wurden im Jahre 1975 skartiert und ebenso viele neu angeschafft. Die gesamte Fahrleistung aller Müllfahrzeuge betrug im vergangenen Jahr 2,840.000 km und ist damit im Vergleich zu 1974 fast gleichgeblieben.

In der städtischen Kübelwäscherei wurden insgesamt rund 116.000 Müllgefäße gewaschen und überholt sowie alle sonstigen, laufend anfallenden Reparaturen an Geräten durchgeführt. Außerdem wurde ein fahrbarer WC-Anhänger generalüberholt.

Dem Dienstkraftwagenbetrieb standen am Jahresende 1975 72 Fahrzeuge zur Verfügung; 1 Fahrzeug wurde neu angeschafft. Die gesamte Fahrleistung betrug im Jahre 1975 1,030.000 km.

In der Hauptwerkstätte wurden 1.270 Reparaturen an Fahrzeugen und 38 Generalüberholungen an Motoren vorgenommen. Außerdem wurden 1.604 sonstige Reparaturen an Pflügen, Streugeräten und diversen Einzelteilen durchgeführt.

Die Zahl der öffentlichen Bedürfnisanstalten beträgt zur Zeit 148. Im Jahre 1975 wurde der bei der Gestaltung der Fußgängerzone in Favoriten begonnene Einbau einer unterirdischen WC-Anlage am Viktor Adler-Markt fertiggestellt und eine öffentliche Bedürfnisanstalt bei der Grinzinger Allee—Strauß-Lanner-Park neu errichtet. Außerdem wurden drei vom Stadtgartenamt im WIG-Gelände 1974 errichtete Bedürfnisanstalten übernommen.

Die beiden fahrbaren Toilettenanlagen waren insgesamt 34 Tage eingesetzt; die drei transportablen Toilettenanlagen verzeichneten insgesamt 648 Einsatztage auf Lagerwiesen.

Von den größeren baulichen Herstellungen, die im Jahre 1975 ausgeführt wurden, sind die Fertigstellungen des Einbaues der gesamten Heizanlage im Amtshaus der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark, die Erneuerung der Dachhaut der Garage 5, der Einbau einer Warmwasseraufbereitungsanlage und die Erneuerung der Be- und Entlüftungsanlage in der Garage 20, der Einbau einer Luftheizanlage in der Dienstkraftwagengarage in 1, Friedrich Schmidt-Platz, und die Erneuerung der Telefonzentrale im Amtsgebäude in 5, Einsiedlergasse 2, zu erwähnen. Mit der Dachhautrenewerung in der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig und mit der Erneuerung der gesamten Heizanlage in 17, Richthausenstraße 2—4, wurde begonnen.

In der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig wurden im Jahre 1975 insgesamt rund 128.000 t Müll (Haus- und privater Gewerbemüll) verbrannt, das ist um 1 Prozent weniger als im Vorjahr. Da diese Anlage seit ihrer Fertigstellung im Jahre 1962 ununterbrochen in Betrieb steht, werden nun immer umfangreichere Überholungsarbeiten der einzelnen Kesselanlagen in den Sommermonaten notwendig; dies hat in den letzten Jahren ständig steigende Ausfallszeiten und dadurch

bedingt ein Absinken der jährlichen Verbrennungsleistung verursacht. In dieser Anlage wurden im Jahre 1975 257.000 t Dampf erzeugt, 2.300 t Eisenschrott und 55.000 t Schlacke abgeführt und 1.000.000 kWh Strom an das öffentliche Stromnetz geliefert. Die Verdampfungsziffer betrug im Jahresmittel 2,00 und ist damit weiter gefallen.

Um der ständigen Forderung der Öffentlichkeit auf Reinhaltung der Luft besser entsprechen zu können, wurden 1975 erfolgreich verlaufene Versuche einer trockenen Rauchgaswäsche an dieser Anlage vorgenommen. Es soll daher im kommenden Jahr eine derartige Rauchgasreinigung dort eingebaut und in Betrieb genommen werden. Weiters ist geplant, die Anlage durch den Einbau einer 4. Kesseleinheit zu erweitern.

Forst- und Landwirtschaftsbetrieb

Die Forste der Stadt Wien dienen der Wohlfahrt des Landes und seiner Bevölkerung. Die Bewirtschaftungsform ist darauf ausgerichtet, einem Bestandaufbau mit einer nachhaltig-vorteilhaften Wirkung auf die Grundwasserbilanz in den Quellenschutzforsten beziehungsweise auf die Erholungsfunktion in den Wienerwaldforsten zu erhalten oder aufzubauen. Trotz sich dadurch ergebender Erschwernisse werden strenge kaufmännische und haushälterische Maßstäbe angelegt, um die Wirtschaftlichkeit des Betriebes nach Möglichkeit anzuheben. Die städtischen Ökonomien und die hinzugepachteten Bundesdomänen werden, unter Beachtung der Bedürfnisse der großstädtischen Bevölkerung, der Lebensmittelindustrie und der Pflanzenzucht intensiv bewirtschaftet.

Die vom Forst- und Landwirtschaftsbetrieb verwalteten Grundflächen haben gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Die Fläche der Forste beträgt im Bereiche des Landes Wien 8.328 ha und in den Quellenschutzforsten 32.256 ha. Von den landwirtschaftlich genutzten Flächen wurden verschiedene ehemalige Ackerflächen am Bisamberg und am Cobenzl zu Liegewiesen umgewandelt. Dem stehen durch die Wasserwerke neu erworbene Grundstücke in der Mitterndorfer Senke gegenüber, die mit ackerbaulich einschränkenden Auflagen landwirtschaftlich genutzt werden. Insgesamt umfassen die landwirtschaftlichen Flächen 3.250 ha.

Sowohl der Rundholz- als auch der Schnittholzmarkt standen 1975 unter dem Einfluß der in- und ausländischen Krise in der Bauwirtschaft, aber auch der Exportflaute zu den beiden größten Holzabnehmern Österreichs, Italien und der Bundesrepublik Deutschland. Diese Entwicklung fand hauptsächlich bei den Schnittholzpreisen ihren Niederschlag. Die Krise am Rundholzmarkt wirkte sich jedoch beim Forst- und Landwirtschaftsbetrieb nicht wesentlich aus, da die Masse des anfallenden Sägerundholzes an das Sägewerk Hirschwang abgegeben wird und die Rundholzverkäufe erst in den Herbstmonaten stattfanden. Die Nettopreise für Schnittware mußten hingegen zu Jahresbeginn um etwa 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden und zogen erst im Herbst leicht an, ohne die Höhe von 1974 zu erreichen. Die Schnittholz-Absatzschwierigkeiten zu Jahresbeginn wurden durch optimale Anpassung an die Kundenwünsche überraschend schnell überwunden, obwohl am Sägewerksektor das Jahr 1975 als das schlechteste seit Kriegsende bezeichnet wird.

Der Holzeinschlag konnte im Kalenderjahr 1975 nicht im planmäßigen Rahmen durchgeführt werden, da sowohl im Jänner als auch im April Windwürfe auftraten, die anschließend aufgearbeitet werden mußten. In den Quellenschutzforsten sind 14.400 fm Schadh Holz mengen, durchaus Windwürfe, angefallen. Dies sind 56 Prozent des effektiven Gesamteinschlages in den Quellenschutzforsten. In der Forstverwaltung Lainz betrug das Ausmaß des Schadh Holzes 900 fm.

Der Gesamteinschlag betrug:

	Blochholz fm	Schleif- u. Grubenholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Quellenschutzforste	16.678,03	3.714,79	5.581,54	25.974,36
Wienerwaldforste	5.597,48	3.838,99	8.396,71	17.833,18
Zusammen	22.275,51	7.553,78	13.978,25	43.807,54
Prozent	51	17	32	100

Der übermäßig hohe Brennholzanteil wird einerseits durch die hohe Laubholzmasse im Wienerwald und dem Augebiet, andererseits durch das Schadh Holz begründet.

Von diesem Einschlag und Lagerresten aus dem Jahre 1974 wurden folgende Holz mengen abgegeben:

	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Quellenschutzforste	19.919,42	5.590,17	25.509,59
Wienerwaldforste	9.293,13	10.879,61	20.172,74
Zusammen	29.212,55	16.469,78	45.682,33

In dieser Zusammenstellung sind auch 10.390,89 fm Nutzholz enthalten, die nicht verkauft, sondern zur weiteren Verarbeitung dem Sägewerk Hirschwang der Stadt Wien zugeführt wurden.

Im Sägewerk Hirschwang erfolgte im Jahre 1975 der Umbau des Rundholzplatzes, die Montage einer Sortieranlage und die Umstellung der Gatterzubringung. Der Jahresverschnitt betrug 9.753,72 fm. Dies bedeutet eine durchschnittliche Leistung von 44,74 fm täglich. Die Ausbeute wurde mit 63,31 Prozent errechnet. Der Schnittholzverkauf umfaßte 6.113,39 m³.

Die Aufforstung als zentrale waldbauliche Aufgabe zur Bestandserhaltung und -begründung umfaßte 297.150 Bäume und Sträucher für Wiederaufforstungen von Schlagflächen, 259.050 für Nachbesserungen vorhergehender Kulturen, 115.800 für Neuaufforstungen ehemaligen Nichtwaldbodens im Bereiche der Wirtschafts- oder Schutzwälder und 57.500 Pflanzungen im städtischen Gebiet, ein Aufgabenbereich, der von der Donauinsel über Lärmschutzwälle bis zur Gestaltung von Erholungsräumen reicht. Zum Schutze dieser Kulturen vor Wildverbiß wurden 8.200 m Wildschutzzäune errichtet sowie auf etwa 450 ha Einzelschutzmaßnahmen durchgeführt. 3.840 m Forststraßen und 1.410 m Seilbringungsanlagen wurden neu gebaut. Instandsetzungen an forstlichen Bringungsstraßen, die das Neubeschottern, Verbreitern und das Adaptieren umfassen, wurden auf rund 20.000 m durchgeführt.

Mit den bestehenden Seilanlagen wurden rund 700 fm Holz aus sonst nicht bringbaren Lagen zu autobefahrbaren Straßen gefördert.

Von den landwirtschaftlich genutzten Gründen haben die Ackerflächen ein Ausmaß von 2.900 ha, die Weinanbaugebiete von 24 ha. Von den Ackerflächen entfielen auf Getreide 56,7 Prozent, auf Hackfrüchte 15,7 Prozent und auf Hülsenfrüchte 11,0 Prozent.

Das Jahr 1975 war durch extreme Witterungsverhältnisse gekennzeichnet, die letztlich im Ertrag zum Ausdruck kamen. Nach einem extrem milden Winter und einem Kälterückfall mit heftigen Schneefällen in der Osterwoche folgten schwere Unwetter im Juni und anschließend hohe Temperaturen bis in den Oktober hinein. Die Hochwässer der Donau mit ihren Rückstaufluten vernichteten angebaute Feldfrüchte, insbesondere in der Ökonomie Schloßhof, aber auch in Rannersdorf und Laxenburg. Schwere Unwetter mit Hagelschäden vernichteten weiträumig die Grünerbse und das Feldgemüse, und selbst bei der Zuckerrübe traten empfindliche Schäden auf. Demnach war die Getreideernte gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Prozent geringer, die Grünerbse wies sogar einen Minderertrag von fast 30 Prozent auf.

Folgende landwirtschaftliche Produkte wurden im Jahr 1975 erzeugt: 6.313 t Getreide, 526 t Mais, 54 t Raps, 860 t Grünerbsen, 1.433 t grüne Bohnen, 626 t Spinat, 305.000 Bd. Radieschen, 137 t Gurken, 195 t Karotten, 57 t rote Rüben, 234.000 St. Salat, 372 t Frühkartoffeln, 21.126 t Zuckerrüben und 1.042 hl Wein.

Auf den landwirtschaftlich genutzten Grundflächen in der Lobau liefen Versuche mit biologisch-dynamischem Landbau an, die bei tragbaren Kosten Schädlingsfreiheit und Bodenfruchtbarkeit ohne Zuhilfenahme von Produkten der chemischen Industrie erreichen wollen.

Die Jagdausübung in den Forsten der Stadt Wien erfolgt auf 38 behördlich anerkannten Jagdgebieten, wovon im Berichtszeitraum 20 verpachtet waren. Die Jagdgebietsfläche beträgt in den Quellenschutzforsten 31.227 ha und in den Wienerwaldforsten 9.584 ha. Die Intensität der Jagdausübung wird durch Jagdgesetze und Regeln der Weidgerechtigkeit, nicht zuletzt aber auch durch die persönliche Einstellung des Jagdausübungsberechtigten gelenkt. Da aber auch in verpachteten Eigenjagden der Stadt Wien die Jagdleitung den jeweiligen Wirtschaftsführern obliegt, wird der Wildbestand wirksam reguliert und den lokalen Gegebenheiten angepaßt, um nicht vertretbaren Wildschäden entgegenzuwirken. Eine gewisse Ausnahme trifft nur beim Lainzer Tiergarten zu, in dem die Jagdausübung wesentlich zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit beiträgt.

Auf den Eigenjagdgebietsflächen wurden im Jahre 1975 der Wildbestand und das erlegte Wild geschätzt oder gezählt:

	geschätzter oder gezählter Bestand	Wild erlegt
Rotwild	1.439	454
Rehwild	1.879	443
Gamswild	2.139	342
Muffelwild	666	59
Damwild	285	29
Schwarzwild	648	377

Außerdem wurden 87 Stück Muffelwild lebend verkauft. Dem Abgang muß noch die hohe Fallwild-

anzahl, die im Jahre 1975 aufgefunden wurde, hinzugerechnet werden, und zwar 32 Stück Rotwild, 158 Stück Rehwild und 162 Stück Gamswild. Die Dunkelziffer des nicht aufgefundenen Fallwildes beträgt etwa 10 Prozent. Wenngleich Wildschäden nicht völlig ausgeschaltet werden können, so wird dennoch durch eine Abschlußbemessung über den voraussichtlichen Zuwachs hinaus eine Wildbestandsreduktion angestrebt.

Aus den Fischereirevieren im Quellenschutzgebiet wurde im Jahre 1975 folgendes Fangergebnis gemeldet:

	Stk.	kg
Bachforellen	332	91,10
Regenbogenforellen	661	235,53
Äschen	181	116,69

Die Forstarbeiterlöhne wurden ab 1. April 1975 um 17 Prozent angehoben, doch erfolgte durch die gleichzeitige Einführung der 40-Stunden-Woche eine höhere De-facto-Steigerung der Betriebsbelastung. Infolge des spürbaren Forstarbeitermangels mußten teilweise zu notwendigen Holzschlägerungen, aber vor allem zu Kulturarbeiten fremde Unternehmer beauftragt werden.

Die Landarbeiterlöhne wurden am 1. März 1975 um 14 Prozent erhöht.

Im Bereiche der Wienerwaldforste und in anderen städtischen Grünräumen wurden auch Erholungseinrichtungen und neuzeitliche Maßnahmen des biologischen Umweltschutzes realisiert. Im Wiener Teil des Bisamberges und im Bereiche der Höhenstraße wurden auf insgesamt 65 ha ehemals landwirtschaftlich genutzten Gründen oder freien Wiesenflächen großflächige Spiel- und Lagerwiesen, durchzogen von Rundwanderwegen und eingerichteten Rastplätzen, angelegt. Zur Erhöhung der Attraktivität wurden an Zentren der Erholungsräume bestimmte Einrichtungen geschaffen, wie die Schafkoppel am Cobenzl, der befestigte Spazierweg mit zahlreichen Bank-Tischen zum Silbersee im Dehnpark, der Wanderweg über die Türkensteine bei der Kolbeterbergwiese oder die mit Spielgeräten eingerichteten 3 Kinderspielplätze im Lainzer Tiergarten und 1 Kinderspielplatz im Maurerwald.

Zur naturnahen Begrünung der Donauinsel sind auf 12 ha 25.000 Pionierholzarten und Sträucher kultiviert worden.

Im Rahmen eines Ausbauplanes ehemaliger Kiesgruben zu Badeseen im Norden Wiens erfolgte die Anlage von Parkplätzen sowie von Liege- und Spielwiesen, aber auch von Pflanzungen zum Zwecke der Landschaftsgestaltung und zur Abschirmung vom Verkehr.

Presse- und Informationsdienst

In der „Rathaus-Korrespondenz“ (rk) wurden auch 1975 wieder verschiedene Verbesserungen durchgeführt, um die Massenmedien raschest und umfassend zu informieren, darüber hinaus aber auch um die persönlichen Kontakte mit den Journalisten zu vertiefen und ein umfassendes Presse-service zu bieten.

Da nun jedem Amtsführenden Stadtrat ein Redakteur des Presse- und Informationsdienstes als Pressereferent zur Verfügung steht und auch für die Belange der Bezirksvorstehungen ein eigener Redakteur eingeteilt ist, wurde mit Mitte Mai eine Stammredaktion der Rathaus-Korrespondenz gebildet, die alle tagesaktuellen Ereignisse redaktionell zu bearbeiten hat.

Die Zahl der Bezieher der Rathaus-Korrespondenz, die im Jahre 1975 3.290 Blatt umfaßte, betrug 600. Die Auflage der Wochenübersicht „rk-intern“ ist auf 1.100 Exemplare gestiegen.

Anlässlich der Hochwasserkatastrophe im Juli 1975 wurde eine umfangreiche Dokumentation als Sonderausgabe der „rk-intern“ herausgebracht. Eine zweite Dokumentation befaßte sich mit der Baugeschichte der „II. Wiener Hochquellenleitung“, und schließlich wurden auch die Reden anlässlich der Überreichung der Ehrenbürgerurkunde an Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky in einer Sonderausgabe der „rk-intern“ zusammengefaßt.

Bis 31. Dezember 1975 wurden vom Presse- und Informationsdienst (PID) insgesamt 89 Pressekonferenzen und Pressefahrten veranstaltet.

Die Zeitschrift „wien aktuell“, das offizielle Organ der Stadt Wien, das bis Ende 1974 als Wochenblatt herausgegeben wurde, erscheint ab 1975 monatlich. Die Auflage wurde von 18.000 auf zunächst 30.000 Exemplare, ab Oktober 1975 wegen des Aushanges in der Straßenbahn auf rund 50.000 Exemplare erhöht. Die neue Zeitschrift enthält nicht mehr wie bisher das „Amtsblatt der Stadt Wien“, das weiterhin wöchentlich, jedoch als eigene Zeitschrift, erscheint. Durch die Umstellung von „wien aktuell“ auf monatliche Erscheinungsweise konnten trotz der einschneidenden Auflagen-erhöhung und des aufwendigen Vierfarbendrucks Kostenerhöhungen gegenüber 1974 vermieden werden.

Zur Verbreitung von „wien aktuell“ ist zu sagen, daß erstens der Zielgruppen-Versand erweitert und zweitens ein neuer Leserkreis, nämlich die Fahrgäste der Wiener Verkehrsbetriebe, erschlossen wurde, der an Umfang und Werbeeffektivität nicht zu überbieten ist.

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien“ sind 1975 insgesamt 52 Nummern mit zusammen 1.878 Seiten erschienen. Außerdem wurden 36 Sonderdrucke über vorläufige Zulassungen der Magistratsabteilung für allgemeine Baupolizeiangelegenheiten hergestellt.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien“ sind im Jahre 1975 31 Stück mit insgesamt 94 Seiten und vom „Amtlichen Wohnungstauschanzeiger“ 8 Stück erschienen, die auf insgesamt 176 Seiten Tauschangebote bringen.

Die Dokumentation umfaßt die tägliche Herstellung des Pressespiegels, in dem vor allem die für die Stadtverwaltung relevanten Beiträge der Wiener Tageszeitungen sowie von „profil“, „Wochenpresse“, „Furche“ und „NFZ“ unter Berücksichtigung der Auswertung der „rk“ festgehalten werden. Der Pressespiegel wird durch die, in geraffte Form gebrachten, kommunalpolitisch interessanten ORF-Beiträge („Landesrundschau“, „Bezirksspiegel“, „Österreich-Bild“ und „Zeit im Bild 1“) des Vortags ergänzt, im Anhang scheinen die Bundesländerzeitungen des Vortags auf. Er wird den Büros der Stadtsenatsmitglieder sowie einer Reihe leitender Beamter zum frühestmöglichen Zeitpunkt, etwa 8 Uhr, zugestellt. Der Redaktion des PID dient der Pressespiegel als Arbeitsbehelf.

Das Handarchiv wird täglich durch Zeitungsausschnitte und die „rk“ ergänzt. Dem Bürgermeisterbüro wird wöchentlich eine Sammlung von Zeitungsausschnitten zur Verfügung gestellt. Die tägliche Festhaltung bestimmter ORF-Sendungen erfolgt mittels vorprogrammiertem Tonbandgerät. Die Fernsehbeiträge „Österreich-Bild“ und „Zeit im Bild“ sowie die Sendungen „Horizonte“, „In eigener Sache“ usw. werden mittels Videorecorder aufgenommen und fallweise auch einige Zeit gespeichert.

Die „Wien-information“ wurde als neue Publikation viermal im Jahr mit einer Auflage von je 850.000 Stück herausgegeben. Sie ist eine Sonderausgabe von „wien aktuell“ mit 8 Seiten, im Vierfarbdruck, und wird allen Haushalten per Post zugestellt.

Folgende Ausstellungen wurden durchgeführt: Bei der Frühjahrsmesse vom 12. bis 16. März zeigte der Presse- und Informationsdienst im Diaskop auf dem Messegelände die Multivisionsschau „Freizeit in Wien“. Außerdem beteiligte er sich an der Katastrophenschutzausstellung der Stadt Wien, die ebenfalls auf dem Messegelände stattfand. Bei der Herbstmesse vom 10. bis 14. September wurde das Diaskop als Ausstellungsraum verwendet. Unter dem Motto „Sicher und geborgen leben“ wurden die Serviceleistungen der Stadt Wien vorgestellt. „Wiener Spaziergang“, eine Freiluftausstellung, die 1974 zum erstenmal gezeigt wurde, ist von Mai bis Oktober wiederholt worden. Es wurden wieder 20 Informationstafeln über interessante historische Bauwerke und heutige kommunale Einrichtungen aufgestellt. „Sowjetische Kosmonautik“ wurde in Zusammenarbeit mit der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften im Wiener Messepalast vom 11. Juni bis 24. Juli gezeigt und fand 170.000 Besucher. In mehreren Bezirken wurden Kleinausstellungen über Planungsvorhaben veranstaltet, und zwar in Fünfhaus, in Floridsdorf, in der Inneren Stadt und in Ottakring (Stadterneuerung in Wien am Beispiel Ottakring). Von Juli bis Dezember 1975 wurden fünf Kleinausstellungen über die Themen „Stadterhaltung“, „Bäder in Wien“, „Wiener Café“, „Wien 1945“ und „Wohnen“ gezeigt.

An den Rundfahrten „Modernes Wien“ haben insgesamt 97.900 Personen teilgenommen. Bei der Besichtigung der U-Bahn-Baustellen und bei den Probefahrten mit dem U-Bahn-Zug wurden, die Besucher am „Tag der offenen Tür“ nicht eingerechnet, 9.250 Teilnehmer registriert.

Die Rathausinformation verzeichnete seit der Umgestaltung der Schmidthalle eine deutliche Steigerung der Frequenz. Die persönlichen Vorsprachen erreichten rund 25.000, das ist mehr als doppelt soviel als im Jahr 1974. An telefonischen Anrufen wurden während der Dienstzeit rund 34.000, außerhalb der Dienstzeit auf dem automatischen Anrufentgegennhmer rund 10.250 verzeichnet. Dazu kommen noch etwa 900 schriftliche Anfragen.

Vom Presse- und Informationsdienst wurden 1975 folgende Broschüren und Prospekte herausgegeben: Ratgeber für Wiener (4. Auflage); Wien kurzgefaßt (5. Auflage); Wien in Zahlen; Wiener Spaziergang (2., geänderte Auflage); Rundfahrten „Modernes Wien“; Mitdenken macht sich bezahlt; Fußballspielpläne Frühjahr und Herbst 1975; Wichtige Wege nach dem Standesamt; Fleischzentrum St. Marx; Guter Rat kostet nichts (Ratgeber für junge Leute); Die Stadt Wien hilft; Willkommen im Kindergarten; Willkommen im Hort; Pensionistenheim Penzing; Pensionistenheim Schmelz, Pensionistenheim Augarten, 10 Jahre Pensionistenheim Föhrenhof; Kleiner Ratgeber für Spitalspatienten; Behindertenwegweiser; Die neue Donau; Wiener U-Bahn-Bau; Wien baut; Wie verbessere ich meine Altbauwohnung? (2. Auflage); Budget 1976.

Die Wandzeitung der Stadt Wien erschien 1975 mit 16 Ausgaben, wobei 15 im Vierfarbendruck hergestellt wurden. Mit Juli wurde die Erscheinungsweise von vierzehntägig auf monatlich umgestellt.

Darüber hinaus hat der Presse- und Informationsdienst 1975 eine Reihe von Informationsblättern aus aktuellen Anlässen beziehungsweise als Werbemaßnahme für verschiedene Aktionen hergestellt.

Auf dem Sektor des Films ist auch im Jahre 1975 zwischen der Stadt Wien und der Austria Wochenschau ein Vertrag über ständige Beiträge in der Wochenschau vereinbart worden, wobei das Schwergewicht auf allgemein interessante kommunale Probleme gelegt wurde. Im Zusammenhang mit der Stadterneuerung in Ottakring wurde im Auftrag des PID von der Austria Wochenschau ein 16-mm-Film produziert, der die Entwicklung des Assanierungsgebietes und die Erneuerungsmöglichkeiten veranschaulicht.

In der ORF-Werbung lief 1975 der bisherige „Tip vom Rathausmann“, der täglich von Montag bis Samstag als letzte Werbeeinschaltung vor der Sendung „Autofahrer unterwegs“ im Hörfunk gesendet wurde, rund 300mal unter dem Motto „Hier Rathausinformation“. Aus dem Rathaus wurde 1975 die Sendung „Autofahrer unterwegs“ dreimal übertragen, und zwar anlässlich des „Festwochenputzes“, des „Musikalischen Sommers in Wien“ und des „Tages der offenen Tür“. Erstmals wurden 1975 auch Einschaltungen in die Werbesendungen im Rundfunk in Auftrag gegeben. In den insgesamt 185 Spots zu je 30 Sekunden wurden Wiener Probleme in humoristischer Weise präsentiert.

Zur Unterstützung des Landesstudios Wien wurde vom PID ein Teil der Produktionskosten für die neueingeführte Sendung „Diese Woche in Wien“ übernommen. Es handelte sich dabei um 18 Sendungen in der Zeit von September bis Dezember 1975.

Sämtliche Inserate und PR-Artikel, mit Ausnahme jener, die von den Wiener Stadtwerken direkt gegeben worden sind, wurden vom PID in Auftrag gegeben. Im Zusammenhang mit den Tariferhöhungen Anfang 1975 und mit einer Inseratenkampagne gegen die Bundeshauptstadt im September, wurden großflächige Anzeigen in allen wichtigen Tageszeitungen placiert.

Am ersten Wiener Kulturmarkt, der vom 26. bis 28. Mai von der österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik veranstaltet wurde, beteiligte sich der Presse- und Informationsdienst mit einem Ausstellungsstand, bei dem „wien aktuell“ und andere Publikationen des PID verkauft wurden.

Im Rahmen des Sicherheitsplans für Wien legte der PID „Notrufplaketten“ mit den wichtigsten Notrufnummern und Rufnummern von wichtigen Informationsstellen auf. Sie wurden zusammen mit einem Brief des Bürgermeisters per Post allen Wiener Haushalten und Gewerbebetrieben zugesandt.

Durch bestimmte Veranstaltungen und Aktionen sollte die Wiener Bevölkerung angesprochen werden. Das Motto des Festwochenputzes 1975 war die Gehsteigreinigung. Der 23. Mai wurde zum „Gehsteigwaschtag“ erklärt, wobei allen Wiener Hausbesorgern Kübel zur Gehsteigreinigung zur Verfügung gestellt wurden.

Mit Beginn der Sommerbadesaison mietete der PID bei der Post- und Telegraphendirektion Wien die Kurzrufnummer 1535, auf der bis Saisonende Informationen über die Sommerbäder und in der Folge über die Hallenbäder und Saunas gebracht wurden.

Der „Tag der offenen Tür“ fand am 25. September statt. Rund 245.000 Personen nahmen daran teil. Allein im Rathaus waren 122.000 Besucher. Die Gesamtbesucherzahl lag etwa um 22 Prozent über jener des Jahres 1974.

Anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens der Opernpassage wurde am 8. November in Zusammenarbeit mit den Geschäftsinhabern eine kleine Feier veranstaltet.

Da 1975 der Christkindlmarkt zum erstenmal in seiner Geschichte auf dem Rathausplatz stattfand, unterstützte der Presse- und Informationsdienst die Handelskammer bei der Ausgestaltung des Marktes. Auf den Rückwänden der Ständeln wurden großflächige Tafeln montiert, auf denen Schulkinder Weihnachtsmotive aufgemalt hatten.

Über diese vom PID selbst durchgeführten Veranstaltungen und Aktionen hinaus wurde noch für eine Reihe von Aktivitäten der Stadtverwaltung die Werbung übernommen, unter anderem für den „Musikalischen Sommer“, die „Seniorenwoche“ sowie teilweise für die „Wiener Festwochen“ und für das „Planquadrat Menschlichkeit“, das von der Bezirksvorstehung Ottakring durchgeführt wurde. Weiters wurden vom PID so wie bisher zahlreiche Bau- und Informationstafeln gestaltet und in Auftrag gegeben.

Im Zuge der Betreuung der Auslandspresse wurden im Jahre 1975 150 schriftliche Anfragen beantwortet beziehungsweise schriftlich angefordertes Informationsmaterial zusammengestellt. 160 ausländische Journalisten besuchten persönlich anlässlich eines Wien-Aufenthaltes den PID und erhielten alle gewünschten Informationen. In Einzelfällen wurden für sie auch Rundfahrten und Führungen veranstaltet. 1975 wurde für 16 ausländische Journalistengruppen ein Programm zusammengestellt. 6 Radio- beziehungsweise TV-Teams benötigten zur Vorbereitung und Durchführung ihrer Aufgaben

gemeinsame Erarbeitung der Themen und zusätzliche Betreuung bezüglich Interviewmöglichkeiten. Mit der Pressearbeit in den USA war die Agentur Maurice Feldmann betraut. Sie konnte auf Grund der vom PID zusammengestellten Informationen und gesonderten Fragebeantwortung 161 Aussendungen an die amerikanische Presse weiterleiten. Als Ergebnis dieser Tätigkeit liegen 1.098 Zeitungsausschnitte vor. In den Ländern Ungarn, Jugoslawien, ČSSR, Rumänien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik, Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden hat die Agentur Compress die Öffentlichkeitsarbeit für die Stadt Wien durchgeführt.

Die Schwerpunkte bei der Personalwerbung lagen 1975 auf dem Sektor des Krankenpflegepersonals. Es wurden neue Prospekte über die Ausbildung zur Krankenschwester beziehungsweise zum Diplompfleger aufgelegt. Weiters wurde Ende des Jahres ein Prospekt über die Berufschancen für fertig ausgebildetes Krankenpersonal herausgebracht. Für alle übrigen Berufssparten im Bereich der Stadtverwaltung und der Stadtwerke wurde mit Erinnerungsinseraten und gezielten Einzelsinseraten geworben.

Feuerwehr- und Katastropheneinsatz

Die Einsatzfähigkeit im Jahre 1975 zeigte weiter zunehmende Tendenz und war besonders gekennzeichnet durch das Hochwasser. Während dieser durch Tage andauernden Spitzenbelastungen bewies sich nicht nur die Einsatzbereitschaft und der Ausbildungsstand des Personals, es zeigte sich auch die Leistungsfähigkeit sowohl der auf den Alarmfahrzeugen verpackten Geräte der ersten Welle, als auch die Möglichkeit der Schwerpunktbildung und -verlagerung schwerer Geräte der zweiten Welle in palettierter Form. Von der Palette und in vergrößerter Form vom Wechselaufbau-System wird noch eine wesentliche Rationalisierung des Feuerwehrdienstes zu erwarten sein.

Die Einsätze während des Hochwassers haben auch wertvolle Erfahrungen gebracht über die Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen des Magistrats, anderen Dienststellen und Firmen und haben in weiterer Folge Wege aufgezeigt, wie diese Zusammenarbeit bei künftigen Katastrophen weiter verbessert werden kann.

Ein wesentlicher Schritt in dieser Richtung war, daß über die im Jahre 1973 der Stadtverwaltung unterbreiteten Vorschläge, eine *Katastrophen-Leitzentrale* im Rathaus für die Mitglieder des Krisenstabes der Stadtverwaltung einzurichten, positiv entschieden wurde. Von der Amtsinspektion wurde im Oktober 1975 die beantragte Widmungsänderung über die ehemals von der Versuchs- und Forschungsanstalt im Rathaus benützten Räume genehmigt und diese der Wache Rathaus für eine Verwendung im Rahmen der Katastrophen-Leitzentrale zugewiesen. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Referaten wurde ein Einrichtungsplanvorschlag für die Leitzentrale, der auch eine Doppelnutzung durch die Wache Rathaus ermöglicht, konzipiert und den mit der Bauausführung befaßten Fachabteilungen vorgelegt. Bis zur Fertigstellung der Leitzentrale in den genannten Räumen wurden die Wappensäule provisorisch für den Krisenstab eingerichtet. Bei Auslösung eines Katastrophenalarms, der fernmündlich oder persönlich durch das Bürgermeisteramt, die Magistratsdirektion, das Büro des Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe VI oder über die Nachrichtenzentrale erfolgt, werden alle erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen, die die funktionsmäßige Inbetriebnahme der Leitzentrale-Rathaus garantieren, von den Beamten der Wache Rathaus durchgeführt. Für diese Tätigkeiten wurde eine Dienstanweisung ausgearbeitet, die sich im Jahre 1975 beim Hochwassereinsatz bestens bewährt hat.

Wesentliche Fortschritte konnten auf dem Gebiet des *Strahlenschutzes* erzielt werden, wo zu den bereits seit vielen Jahren für die Truppe vorhandenen Geräten tragbare Strahlenmeßgeräte mit besonders hoher Empfindlichkeit beschafft wurden, wie sie insbesondere für Kontaminationsmessungen und Strahlenattentate benötigt werden.

In Fortsetzung der bereits in den Vorjahren begonnenen Reform der *Einsatzrüstung* wurde, ausgehend vom Rüstlöschfahrzeug, das sich, abgesehen von den üblichen Einsätzen, vor allem während des Hochwassers besonders bewährte, ein Großtanklöschfahrzeugtyp als Basisfahrzeug so weit in löschtaktischer und -technischer Hinsicht konzipiert, daß es 1976 bereits in Auftrag gegeben werden kann.

Das zunehmende Risiko beim Transport, bei der Lagerung und bei der Verarbeitung gefährlicher Güter läßt es zweckmäßig erscheinen, die vorhandenen Universal-Löschfahrzeuge in einer völlig geänderten Neuaufgabe zu planen, so daß künftig an Stelle eines auszuscheidenden Universallöschfahrzeuges ein neues und in das System Rüstlösch- und Großtanklöschfahrzeug passendes Sonder-Löschfahrzeug in Auftrag gegeben werden kann.



In den Glashäusern des städtischen Reservegartens Hirschstetten werden die Blumen und Blütenstauden für die Abspflanzung in den Parkanlagen kultiviert

Stadtgartenamt

Informationswesen

Am „Tag der offenen Tür“ 1975 konnte mit 122.000 Rathaus-Besuchern ein neuer Rekord verzeichnet werden





In den städtischen Sommerbädern wurden im Jahre 1975 1,714.217 Besucher gezählt. Im Bild das Ottakringer Bad

Städtische Bäder

Eine Saunakammer des modernisierten Dampfbades im Jörgerbad

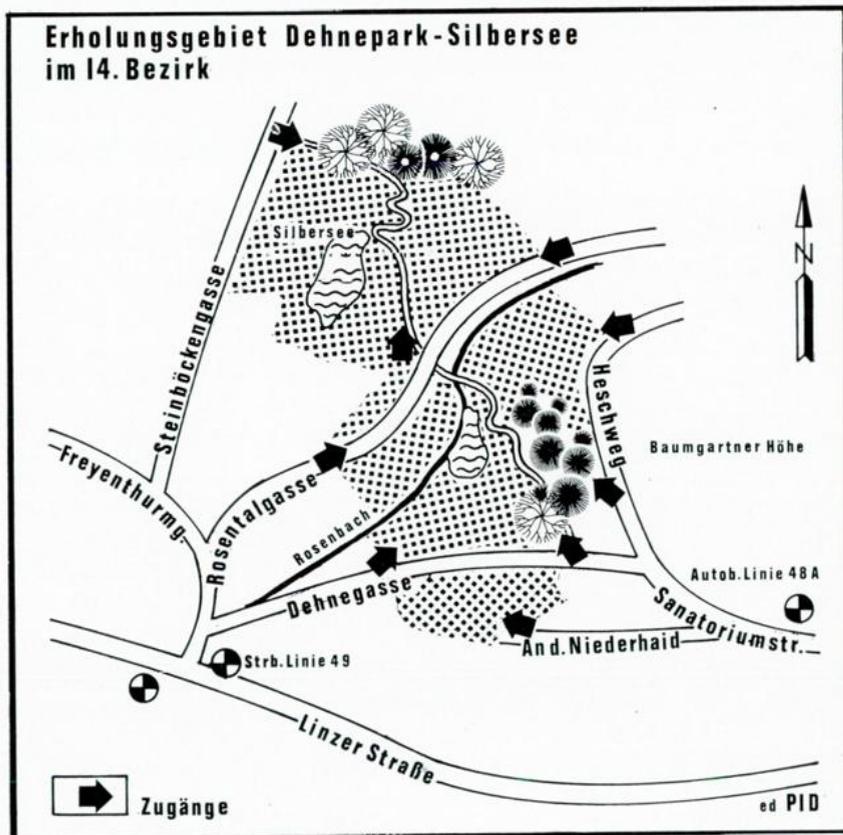




Zur Begrünung der Donauinsel wird eine Baumversetzmaschine verwendet

Forstwesen

Eine der „jüngsten“ Wiener Grünflächen, der 110.000 m² große Dehnpark, soll durch den Ausbau vorhandener Wege noch besser zugänglich gemacht werden





Die städtische Wohnhausanlage im 23. Bezirk, Breitenfurter Straße 360—368, steht kurz vor der Vollendung

Wohnhausbau

Große Grünflächen und alten Baumbestand besitzt die neue Wohnhausanlage im 23. Bezirk, Breitenfurter Straße 519—521



Trotz intensiver Vorarbeiten und Besprechungen im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft für einen verbesserten Öleinsatz auf der Donau, war den Bemühungen nach einem leistungsstarken Feuerlösch- und Ölwehrboot noch kein Erfolg beschieden. Es wird jedoch durch intensive Zusammenarbeit mit den Landes-Feuerwehrverbänden Niederösterreich und Oberösterreich für einen wirkungsvolleren Ölalarmplan eine vertretbare Übergangsphase geschaffen werden, bis es zur endgültigen Klärung der Bootsfrage gekommen ist.

Es ist im Jahre 1975 in verstärktem Maße gelungen, den Fahrzeug- und Gerätestand zu erweitern und zu modernisieren. Dieser Umstand bringt es mit sich, daß die Schulung des Einsatzpersonals und die Auswahl und Beschaffung von Unterrichtsbehelfen und Dienstanweisungen einen nicht unbeträchtlichen Teil des vorhandenen Personenpotentials bindet. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Steigerung des Einsatzrisikos, die Vermehrung der Einsätze und die damit verbundene Verringerung und Zerstückelung der Unterrichtszeit stellte das Lehrpersonal aller Sparten vor beträchtliche Aufgaben.

Mit der Anschaffung einer vollhydraulischen Drehleiter wurde die Schlagkraft der Feuerwehr der Stadt Wien, insbesondere auf dem Gebiete der Menschenrettung aus höher gelegenen Stockwerken, weiter verbessert. Der Leitersatz dieses nach modernsten technischen Erkenntnissen gefertigten Einsatzfahrzeuges kann bis zu 15 Grad unter die Horizontale abgesenkt und bei einer Ausladung von 18 m noch mit zwei Personen an der Leiterspitze belastet werden. Dadurch eröffnen sich neue Einsatzmöglichkeiten. So können mit dieser Leiter beispielsweise im Winter Personen, die durch Eisflächen in Gewässer eingebrochen sind, gefahrlos und rasch gerettet werden.

Das im Jahre 1974 begonnene Wechselladerprogramm wurde fortgesetzt. Zu den 1974 beschafften zwei Wechselladern und einem Containerfahrzeug wurden im Jahre 1975 drei weitere Wechselladern und zwei Containerfahrzeuge angeschafft. Die Feuerwehr der Stadt Wien verfügt somit über zwei Fahrgestelle mit Wechselladerausstattung und Ladekran, ein Fahrgestell mit Wechselladerausstattung ohne Ladekran und fünf Wechselladern. Drei Aufbauten sind als Auspendler, Öleinsatz- und Schlauchcontainer adaptiert, zwei werden derzeit als Lkw-Ladeflächen für die Verladung von Zusatzausrüstungen verwendet.

Um im Katastropheneinsatz Fahrzeuge und Maschinen personal- und zeitsparender mit Kraftstoff versorgen zu können, wurde von der Kanisterzulieferung auf Kleinlastkraftwagen mit Aufsatztanks übergegangen. Zwei Fahrzeuge mit je einem in zwei Kammern für 750 l Diesel- und 250 l Vergaserkraftstoff geteilten Aufsatztank mit Meßuhr und Abfüllschlauch konnten angeschafft werden. Neben der Kraftstoffversorgung im Katastrophenfall sollen diese Fahrzeuge auch zur rationellen Treibstofflieferung an die Feuerwachen eingesetzt werden.

Um bei Bränden stark verqualmte Kellerräume, Stiegenhäuser, Lagerhallen usw. rasch und wirkungsvoll durchlüften zu können, wurden neue Elektroventilatoren (Axialventilatoren) angeschafft. Diese leistungsstarken Ventilatoren wurden auf Löschfahrzeuge aller Hauptfeuerwachen verteilt und stehen bei der Brandbekämpfung sofort zur Verfügung.

Da sich im Hochwassereinsatz gezeigt hat, daß die vorhandenen Geräte für Einsätze über einen längeren Zeitraum nicht ausreichen, wurden weitere Schmutzwasserpumpen, Außenbordmotoren, Elektro- und Motorkettensägen und Stromerzeuger angeschafft.

Zur raschen und kräftesparenden Verladung von Ausrüstungsgegenständen wurde ein zweiter Ladestapler gekauft. Für den Taucherdienst wurde ein zweites Taucherfahrzeug in den Dienst gestellt. Der Mannschaftsraum wurde großräumig angelegt und so gestaltet, daß sich die Taucher schon während der Fahrt adjustieren können. An der Einsatzstelle können sie sofort eingesetzt werden.

Für Hilfeleistungen bei Verkehrsunfällen, insbesondere für die Befreiung eingeklemmter Personen aus Kraftfahrzeugen, wurden hydraulische Rettungsscheren beschafft. Diese Scheren ermöglichen ein erschütterungsfreies und rasches Durchtrennen von Karosserieteilen, selbst Lenksäulen können damit entfernt werden.

Aus Beständen der WIG 74 wurden 21.000 m² Kunststoffzeltplanen erworben. Diese Planen haben sich anlässlich der Sturmkatastrophe zum Jahreswechsel 1975/76 bereits bestens zum Abdecken von Öffnungen aller Art bewährt.

Anlässlich der Geisellaffäre bei der OPEC-Ministerkonferenz hat sich auch das Ausgabesystem für Labemittel bewährt. Neben den Feuerwehrbeamten wurden Beamte der OPEC und Polizei sowie Angehörige des Rettungsdienstes und des ORF mit kalten und warmen Speisen versorgt.

Der technische Umbau der Nachrichtenzentrale, der in gleichzeitiger Anpassung an die Erfordernisse einer Katastrophen-Leitzentrale erfolgt, konnte weitergeführt und dem geplanten

Endausbau wesentlich nähergebracht werden. Der derzeitige Stand an Neuanlagen läßt bereits Grundzüge einer organisatorischen Anpassung an dieses Konzept erkennen. Zum weiteren Ausbau der Funk-Leitzentrale wurde die zweite Überleiteneinrichtung für die Abfertigung der Funkgespräche und für die fallweise Vermittlung von Gesprächen von und in das Fernsprechnetzt installiert. Die neue Kanalumschaltung ermöglicht mit Tastendruck die gewünschte Zuordnung einer der drei Funkfrequenzen auf eine bestimmte Feststation. Mit dieser Einrichtung kann jedem beliebigen Bereich des Stadtgebietes der dafür günstigste Sender zugeteilt werden. Die Matrixschaltung gestattet in Zukunft, die mit Tonrufempfängern ausgerüsteten Führungskräfte mit Tastendruck zu rufen. Diese Schaltung ergibt gegenüber dem derzeitigen System der Zifferneinstellung einen Zeit- und Sicherheitsgewinn. Weiters wurde mit der Installierung der ersten Geberauswerter begonnen, die bei Betätigung der Ruf- oder Sprechstaste eines Fahrzeug- oder Handfunkgeräts die dem Gerät zugeordnete Nummer in der Funkzentrale erkennen lassen. Es ist damit eine weitaus bessere Erkennung des rufenden Funkteilnehmers gewährleistet. Ein Tisch-Funksprechgerät mit eingebautem Lautsprecher und Netzteil wurde wegen seiner universellen Einsatzmöglichkeiten erworben. Dieses Gerät hat sich im Katastropheneinsatz bereits bestens bewährt. Für die weitere Ausstattung von Führungskräften mit Tonrufempfängern wurden fünf Stück einer neuen Serie angeschafft, die bereits mit einem Fünftonselektivruf versehen sind. Für die Fahrzeuge des Bürgermeisters und des Stadtrates der Geschäftsgruppe VI wurden Funk-Autotelefone angekauft und eingebaut. Mit diesen Geräten können Telefongespräche über das öffentliche Telefonnetz geführt werden.

Zur Gewährleistung dieses unabhängigen Netzes wurde von der Zentralfeuerwache Am Hof zum Rathaus ein feuerwehreigenes sechzigadriges Fernmeldekabel verlegt. Über dieses Kabel werden die oben angeführten Teilnehmer und die Katastrophenleitzentralen „Rathaus“ und „Feuerwehr“ verbunden. Zusätzlich werden einige Nummern des Rathausnetzes zur Erleichterung des Dienstbetriebes direkt zur Feuerwehr durchgeschaltet. Aus den oben angeführten Gründen wurde auch ein etwas schwächeres Fernmeldekabel von der Zentralfeuerwache Am Hof zur Polizeidirektion verlegt. Über dieses Kabel können Verbindungen zwischen Rathaus und Polizeidirektion durchgeschaltet werden.

Im Jahre 1975 konnten auch die noch fehlenden Geräte zur Komplettierung der Typhon-Warnanlage in Breitenlee beschafft werden, so daß die beiden Freiwilligen Feuerwehren Süßenbrunn und Breitenlee damit voll ausgerüstet sind. Diese auch als Muster errichteten Warnanlagen sind mit drei Zivilschutz- und zwei Feuerwehrsignalen ausgerüstet und können von der Feuerwehrzentrale über Funk mit dem jeweils gewünschten Signal ausgelöst werden. Die Steuereinrichtung im Funkraum der Nachrichtenzentrale ist bereits so ausgelegt, daß damit die für den Raum Wien erforderlichen 32 Typhone ebenfalls ausgelöst werden könnten.

Im Jahre 1975 hatte die Feuerwehr der Stadt Wien 19.857 Einsätze zu verzeichnen. Die Zahl der Einsätze hat sich seit dem Jahre 1966 somit verdoppelt, wobei es jedoch nur zu einer geringen Personalerhöhung gekommen ist. Von den bemerkenswerten Einsätzen des Jahres 1975 seien angeführt:

Am 18. Februar mußten drei an Masern erkrankte Kleinkinder, die, während die Eltern arbeiteten, allein zu Hause waren, aus der brennenden Wohnung in 3, Erdberger Straße 116, gerettet werden.

Am 28. Februar war nach einer Behandlung mit einem Inhalationsgerät an einem an Herzinfarkt erkrankten 85jährigen Mann in 18, Scheibenbergstraße 61, der Sauerstoff des Gerätes verbraucht. Von der Besatzung des Atemschutzfahrzeuges der Wiener Berufsfeuerwehr war kurzfristig das Gerät mit einer 2,6-l-Sauerstoffflasche ausgerüstet worden. Die Original-10-l-Sauerstoffflasche wurde in der Werkstätte für Atemschutzgeräte gefüllt, mit dem Atemschutzfahrzeug zugestellt und für den Patienten in das Atemgerät eingebaut.

Einem Hilferuf am 7. März aus dem Mautner-Markhof'schen Kinderspital folgte ein Feuerwehrmann und stellte sich für eine direkte Bluttransfusion zur Verfügung.

Am 9. März geriet in 21, Steinheilgasse 5, eine 66 m lange Halle in Brand, in der 800 Tonnen gepreßtes Papier lagerten. Es wurden elf Löschleitungen und ein Wenderohr von einer Drehleiter aus umfassend eingesetzt. Die nahe gelegenen Hydranten konnten den großen Löschwasserbedarf nicht decken, die Brandbekämpfung gestaltete sich dadurch sehr schwierig. Durch den Einsatz einer dritten Löschbereitschaft konnte die Wasserversorgung sichergestellt werden. Eine für Brandeinsätze in der Stadt Wien überdurchschnittlich lange Zubringleitung von 450 m mußte ausgelegt werden. Trotz Erschwernissen, wie Tore, die mit Papierballen verlagert waren, dichter Qualm und einstürzende Dachflächen, konnte der Brand im wesentlichen auf das vorgefundene Ausmaß beschränkt bleiben. 2 Feuerwehrleute wurden verletzt.

Im Frühjahr kam es infolge einer Schönwetterperiode zu einem sehr starken Bienenflug, von dem sich Teile der Bevölkerung bedroht fühlten. Die Feuerwehr nahm die herrenlosen Bienenschwärme auf und stellte sie Imkern zur Verfügung.

Infolge der Lagerung von pyrotechnischen Artikeln in einem Geschäft in 8, Florianigasse 43, kam es zu einer Explosion, die das Wohnhaus erschütterte. Die Kellerdecke unter dem Lagerraum stürzte ein, ein Mauerpfeiler, 70 mal 100 cm und etwa 5 m hoch, wurde aus der Außenmauer gerissen und in den Hof geschleudert. Das Geschäft stand in Vollbrand, zahllose Raketen setzten gegenüberliegende Wohnungen in Brand. In der über dem Brandraum liegenden Wohnung kam es zu einem Totalbrand, wenig später stürzte eine Scheidmauer ein, wodurch den Parteien dieser Wohnung der Fluchtweg abgeschnitten war. Zugleich war auch die Hausbesorgerin durch Flammen in ihrer Wohnung eingeschlossen. Über Schieb- und Drehleitern wurden die von den Flammen Bedrohten in Sicherheit beziehungsweise unter Atemschutz unmittelbar am Brandraum vorbei ins Freie gebracht. Während mit vier Rohren die Flammen in den Lagerräumen und in den Wohnungen niedergeschlagen wurden, mußte der Kellerraum, dessen Decke eingestürzt war, mit Mittelschaum geflutet werden. In Zusammenarbeit mit dem Stördienst der Gaswerke wurde die Gashauptleitung im Keller von einem Atemschutztrupp geschlossen. In Hinblick darauf, daß sich die Explosion zu einer Zeit ereignet hat, zu der wahrscheinlich nahezu alle Hausparteien zu Hause waren, hat das Unglück, gemessen an insgesamt zwei Verletzten, einen glimpflichen Verlauf genommen.

Vermutlich durch mangelnde Fundamentierungsarbeiten waren etwa 40 m² Feuermauer des Wohnhauses 7, Hermannngasse 36, am 29. Juni in die Baugrube gestürzt. Unter Einsatz einer Drehleiter wurden die Außen- und Mittelmauer mit zwei Dreigurtstützen unterfangen. Für fünf im unmittelbaren Gefahrenbereich liegende Räume des ersten Stockwerkes wurde das Betreten untersagt. Weiters wurde, um die Gefahr nicht noch zu vergrößern, in dem Straßenteil ein allgemeines Fahrverbot verfügt, damit waren gefährliche Erschütterungen vermieden worden.

Ab 1. Juli bestand auch für Wien Hochwassergefahr, die die zuständigen Magistratsabteilungen in Alarmbereitschaft setzte. Die Feuerwehr stand in verschiedenen Teilen der Stadt in pausenlosem Einsatz. Die andauernden Regenfälle hatten bereits zu zahlreichen Verkehrsbehinderungen geführt, so daß die Feuerwehr die Bevölkerung ersucht hatte, jede unnötige Fahrt im eigenen Fahrzeug zu unterlassen. Die Schwerpunkte der Behinderungen lagen im Westen und Süden Wiens. Nach Erreichung eines Pegelstandes bei der Reichsbrücke von 7,10 m leitete Bürgermeister *Gratz* die Koordinierung des Einsatzes im zentralen Krisengebiet in der Gegend um Albern und Kaiser-Ebersdorf selbst. Am 2. Juli kam es zu einem Dammbruch der Schwechat bei der Alberner Brücke. Nach weiterem Ansteigen des Wasserstandes auf 7,21 m wurde die Mannswörther Brücke für jeden Verkehr gesperrt, gefährdete Wohnhäuser in Kaiser-Ebersdorf begann man zu evakuieren. Vom Bürgermeister wurde ein interner Katastrophenalarm ausgelöst, so daß alle Einsätze der Feuerwehr, Polizei und Rettung vom Rathaus zentral gelenkt wurden. Am 4. Juli lag der höchste Pegelstand um etwa 9 Uhr bei der Reichsbrücke bei 8,06 m, ab dann begann das Hochwasser um rund einen Zentimeter pro Stunde zu sinken. Die Feuerwehr hatte jedoch in der Folge eine überdurchschnittliche Einsatzfrequenz zu verzeichnen. Haupteinsatzstellen waren der Schwechatbach bei der Alberner Brücke, tiefergelegene Stadtteile im Bereich der Alten Donau und auf der Simmeringer Heide, wohin die Feuerwehr in vielen Fällen zum Auspumpen überfluteter Keller gerufen wurde.

Ein Untermieter in 19, Biedergasse 4, verübte am 17. September Selbstmord mit Stadtgas, das sich beim Ausströmen an einer Zündflamme eines Gasheizgerätes entzündet hatte und eine folgenschwere Explosion hervorrief. 3 Wohnungen waren unbewohnbar, die gesamte Stiegenhausverglasung sowie sämtliche Glasscheiben der Straßen- und Hoffront zerstört, alle Wohnungstüren zertrümmert, Gasinstallationen nicht mehr betriebssicher, Scheidmauern und Decken eingestürzt und 5 Pkw zum Teil zerstört. Nach einer Stunde Bergungsarbeit wurde die Leiche unter einigen Kubikmetern Schutt gefunden. Vor der Bergung des Leichnams wurde die beschädigte Decke zwischen dem zweiten und dritten Geschoß mit Pöhlzrohren provisorisch abgestützt. Trotz vorsichtigen Agierens der Bergungsgruppe stürzte plötzlich ohne jegliches Vorzeichen die Decke ein. Ein Feuerwehrmann wurde von den herabstürzenden Bauteilen erfaßt und in die Tiefe gerissen, ein anderer wurde aus dem Raum durch die Fensteröffnung auf die Gasse geschleudert. Nach 11 Stunden Einsatz waren absturzdrohende Bauteile gesichert oder abgetragen, zahlreiche Türen wieder provisorisch instandgesetzt, die Fensteröffnungen des Stiegenhauses mit Pfosten verschlossen, Möbel und Wertsachen aus einsturzgefährdeten Räumen geborgen und der Schutt zum größten Teil entfernt.

Eine mit rund 100 Fahrgästen besetzte Stadtbahngarnitur fuhr am 3. November in der Station Schwedenplatz gegen einen abgestellten Zug, dessen Beleuchtung ausgefallen war. Durch den Anprall

wurden 9 Personen verletzt, 5 von 17 Waggons bäumten sich auf oder entgleisten und gruben sich mit den Rädern tief in den Gleisschotter ein. Die Verletzten waren bereits vom Rettungsdienst übernommen worden. Um die beschädigten Garnituren trennen zu können, wurde vorerst die Unfallstelle mit Scheinwerfern ausgeleuchtet, ferner mußten die vollkommen verbogenen, schweren Kupplungen von Feuerwehrmännern abgeschnitten werden. Danach erst konnte man darangehen, die Wagen wieder mit Hydraulikhebern und Winden einzugleisen.

Erst als die Flammen am 13. November nachts durch das Dach schlugen, wurde der schon einige Zeit im Inneren der zwischen 15, Ullmannstraße 5, und Sechshauser Straße 8, gelegenen 1.500 m² großen Verkaufshalle wütende Brand entdeckt und angezeigt. 3 Löschbereitschaften gingen mit 9 Rohren unter Atemschutz vor. Kaum war die Halle geräumt, stürzte das Dach krachend ein. Es mußten Maßnahmen zur Evakuierung der benachbarten Wohnhäuser getroffen werden, da der Brand zunächst nicht unter Kontrolle zu bringen war. Als vom Störtrupp der Gaswerke die Gaszuleitung zur Brandstelle abgesperrt worden war, ließ die Brandintensität wesentlich nach. Nach drei Stunden härtester Löscharbeit war der Brand bis auf Glutnester aus. Angesichts der tobenden Gluthölle hatten zwei Hausbewohner durch den Schock Herzanfälle erlitten und mußten vom Rettungsdienst in das Sophienspital gebracht werden.